

Chambre des Représentants de Belgique

SESSION ORDINAIRE 1990-1991

3 JUILLET 1991

REVISION DE LA CONSTITUTION

**Proposition du Gouvernement de révision
de l'article 140 de la Constitution**

**Proposition du Gouvernement contenant
le texte allemand de la Constitution**

**Proposition de révision de l'article 140
de la Constitution**

RAPPORT

FAIT AU NOM DE LA COMMISSION DE LA
CONSTITUTION, DES REFORMES
INSTITUTIONNELLES ET DU REGLEMENT
DES CONFLITS (1)

PAR M. GEHLEN

Belgische Kamer van Volksvertegenwoordigers

GEWONE ZITTING 1990-1991

3 JULI 1991

HERZIENING VAN DE GRONDWET

**Voorstel van de Regering tot herziening
van artikel 140 van de Grondwet**

**Voorstel van de Regering houdende
de Duitse tekst van de Grondwet**

**Voorstel tot herziening van artikel 140
van de Grondwet**

VERSLAG

NAMENS DE COMMISSIE VOOR DE
HERZIENING VAN DE GRONDWET, DE
INSTITUTIONELE HERVORMINGEN EN DE
REGLING VAN CONFLICTEN (1)

UITGEBRACHT DOOR DE HEER GEHLEN

BERICHT

IM NAMEN DES AUSSCHUSSES FÜR DIE VERFASSUNG, DIE INSTITUTIONELLEN
REFORMEN UND DIE BEILEGUNG DER
KONFLIKTE (1)

DURCH HRN. GEHLEN

(1) Composition de la Commission :

Président : M. Nothomb.

A. — Titulaires :

C.V.P. MM. Bourgeois, Breyne,
Hermans, Moors, Uytten-
daele, Van Rompuy.

P.S. MM. Charlier (G.), De Raet,
Eerdeken, Happart, Mot-
tard, Mme Onkelinx.

S.P. MM. Chevalier, Lisabeth,
Vandenbroucke, Van der
Maelen.

P.V.V. MM. Cortois, Denys, Mme
Neyts-Uyttebroeck.

P.R.L. MM. Ducarme, Gol, Michel
(L.).

P.S.C. MM. Antoine, Gehlen.

V.U. MM. Candries, Coveliers.

Ecolo/ M. Simons.
Agalev

B. — Suppléants :

MM. Ansoms, Bosmans (F.), Bos-
mans (J.), Dhoore, Mme Merckx-
Van Goeij, MM. Van Parys, Van
Peel.

MM. Biefnot, Donfut, Féaux,
Mayeur, Tomas, N., N.

M. Dielens, Mme Duroi-Van-
helfmont, MM. Hancké, Vanvelt-
hoven, Willockx.

MM. Beysen, De Croo, Flamant,
Verhofstadt.

MM. De Decker, Draps, Knoops,
Kubla.

MM. Laurent, Lebrun, Michel (J.).

MM. Anciaux, Van Grembergen,
Vanhorenbeek.

M. Geysels, Mme Vogels.

Voir :

10 / 140 - 1665 - 90 / 91 :

— N° 1 : Proposition du Gouvernement.

10 / 140 - 1666 - 90 / 91 :

— N° 1 : Texte allemand de la Constitution. Proposition du
Gouvernement.

10 / 140 - 1558 - 90 / 91 :

— N° 1 : Proposition de M. Gehlen.

(1) Samenstelling van de Commissie :

Voorzitter : de heer Nothomb.

A. — Vaste leden :

C.V.P. HH. Bourgeois, Breyne,
Hermans, Moors, Uytten-
daele, Van Rompuy.

P.S. HH. Charlier (G.), De Raet,
Eerdeken, Happart, Mot-
tard, Mevr. Onkelinx.

S.P. HH. Chevalier, Lisabeth,
Vandenbroucke, Van der
Maelen.

P.V.V. HH. Cortois, Denys, Mevr.
Neyts-Uyttebroeck.

P.R.L. HH. Ducarme, Gol, Michel
(L.).

P.S.C. HH. Antoine, Gehlen.

V.U. HH. Candries, Coveliers.

Ecolo/ H. Simons.
Agalev

B. — Plaatsvervangers :

HH. Ansoms, Bosmans (F.), Bos-
mans (J.), Dhoore, Mevr. Merckx-
Van Goeij, HH. Van Parys, Van Peel.

HH. Biefnot, Donfut, Féaux,
Mayeur, Tomas, N., N.

H. Dielens, Mevr. Duroi-Van-
helfmont, HH. Hancké, Vanvelt-
hoven, Willockx.

HH. Beysen, De Croo, Flamant,
Verhofstadt.

HH. De Decker, Draps, Knoops,
Kubla.

HH. Laurent, Lebrun, Michel (J.).

HH. Anciaux, Van Grembergen,
Vanhorenbeek.

H. Geysels, Mevr. Vogels.

Zie :

10 / 140 - 1665 - 90 / 91 :

— N° 1 : Voorstel van de Regering.

10 / 140 - 1666 - 90 / 91 :

— N° 1 : Duitse tekst van de Grondwet. Voorstel van de
Regering.

10 / 140 - 1558 - 90 / 91 :

— N° 1 : Voorstel van de heer Gehlen.

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN!

Ihr Ausschuß hat diese Vorschläge in seiner Versammlung vom 25. Juni 1991 untersucht.

EINLEITENDER BERICHT DES STAATSEKRETÄRS FÜR INSTITUTIONELLE REFORMEN

Der Staatssekretär für Institutionelle Reformen erklärt, daß der Text von Artikel 140 der Verfassung seit dem 10. April 1967 wie folgt lautet : « Le texte de la Constitution est établi en français et en néerlandais », « De tekst van de Grondwet is in het Nederlands en in het Frans gesteld » (der Text der Verfassung ist in Französisch und in Niederländisch festgelegt).

Die verfassungsvorbereitende Versammlung hat beschlossen, Artikel 140 der Verfassung im Hinblick auf die Festlegung des offiziellen deutschen Textes der Verfassung zur Revision vorzuschlagen (*Belgisches Staatsblatt* N° 216 vom 9. November 1987).

Ebenso wie der Vorschlag von Hrn. Gehlen (Dok. N° 10/140 - 1558/1 - 90/91) zielt auch der Vorschlag der Regierung auf eine Ergänzung von Artikel 140 der Verfassung ab, so daß der Text unseres Grundgesetzes ebenfalls in Deutsch festgelegt werden kann.

Der Staatssekretär bedauert, daß sich eine gewisse Anzahl Druckfehler in den Vorschlag der Regierung, der den deutschen Text der Verfassung enthält, eingeschlichen haben.

Er weist darauf hin, daß die kürzlich stattgefundene Abänderung der Artikel 5, 50, 56 und 86 der Verfassung, der Artikel 60 und 61 der Verfassung (Abänderungen, die von der Kammer und dem Senat angenommen worden sind, aber noch nicht im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden sind) und des Artikels 137 (Abänderung, die am 8. Mai 1991 im Senat und am 27. Juni 1991 in der Kammer angenommen worden ist, aber auch noch nicht im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden ist) im deutschen Text berücksichtigt worden ist.

EINLEITENDER BERICHT DES VERFASSERS DES VORSCHLAGS N° 1558

Der Verfasser des Vorschlags N° 1558, der ebenfalls Berichterstatter ist, bedankt sich beim Ausschuß für die Beflissenheit, mit der er die Besprechung der zur Untersuchung eingebrachten Vorschläge aufgenommen hat. Er bedankt sich ebenfalls bei der Regierung und der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Anstrengungen, die sie unternommen haben, um diese Arbeit zum Erfolg zu führen.

Er weist darauf hin, daß die deutsche Fassung der Verfassung, die den Ausschußmitgliedern heute zur Ratifizierung vorliegt, das Ergebnis einer mühsamen Arbeit ist. Eigentlich reicht die Geschichte der Erstellung unserer Grundcharta in Deutsch bis in die ersten Stunden des damaligen Rates der Deutschen Kulturgemeinschaft zurück. Bei diesem Rat wurde nämlich aufgrund der in Ausführung der Artikel 32 und 33 des Gesetzes vom 10. Juli 1973 ergangenen Erlasse des Rates vom 15. Dezember 1975 und 4. Juli 1977 ein « Ausschuß für die offizielle deutsche Übersetzung der Gesetze und Erlasse » eingerichtet.

Obwohl dieser Ausschuß vom Rat mit verschiedenen Übersetzungsarbeiten beauftragt worden war, bemühte er sich schon seit den ersten Tagen ebenfalls um die Erstellung einer deutschen Fassung der Verfassung. Der Ausschuß erstellte zwei Entwürfe. Der erste sollte als Gebrauchsübersetzung dienen. Der zweite entsprach dem Bestreben, die Verfassung Belgiens in Deutsch zu schreiben. Dieses Bestreben erreichte dann auch sein Ziel, da der Ausschuß 1982 einen Entwurf einer deutschen Fassung der Verfassung Belgiens vorlegen konnte. Zu einem großen Teil ist es dieser Text, der dem Ausschuß heute zur Begutachtung vorliegt.

Daß es sich hierbei nicht gänzlich um den Text von 1982 handelt, ist auf zwei Ereignisse zurückzuführen. Einerseits war es aufgrund der Verfassung damals nicht möglich, den Text offiziell anzuerkennen : Es fehlte ein Artikel 140 der Verfassung, der es ermöglicht hätte, neben dem französischen und dem niederländischen Text eine dritte Fassung anzunehmen. Andererseits hat das Grundgesetz von 1831 seitdem den Gegenstand verschiedener tiefgreifender Abänderungsanträge gebildet. Die neuen Artikel 17, 47, 48, 59bis, 59ter, 107ter, 108ter und 115 machten eine Anpassung des bestehenden Entwurfs erforderlich.

Diese Anpassung wurde von dem Übersetzungsausschuß vorgenommen, der die Stelle des vorgenannten Ausschusses einnahm. Mit Inkrafttreten des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, das in Französisch und in Niederländisch im *Belgischen Staatsblatt* vom 18. Januar 1984 erschienen ist, stellte der beim Rat in Eupen eingesetzte Ausschuß nämlich seine Tätigkeit ein, da Artikel 76 dieses Gesetzes die Schaffung eines Ausschusses für die offizielle deutsche Übersetzung der Gesetze, Erlasse und Verordnungen bei dem für das deutsche Sprachgebiet zuständigen Bezirkskommissar, also in Malmedy, vorsah. Ein Königlicher Erlaß vom 24. Oktober 1985 legte die Modalitäten der Einsetzung fest. Die drei Mitglieder wurden durch Königlichen Erlaß vom 11. April 1986 ernannt, und die Ernennungen wurden im *Belgischen Staatsblatt* vom 3. Juni 1986 veröffentlicht.

Der Ausschuß wurde am 3. Juli 1986 offiziell eingesetzt, und ein Königlicher Erlaß vom 23. Juli 1986 legte die Geschäftsordnung fest. Sobald dieser zweite Ausschuß die Gewißheit hatte, daß die verfassungsgebende

Versammlung den festen Willen hatte, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese dritte Fassung unserer Verfassung in naher Zukunft einen rechtlichen Bestand erhalten konnte, hat er diese Arbeit wieder aufgenommen. So widmete er seit dem Frühjahr 1989 mit beschleunigtem Tempo bald alle seine Sitzungen dieser Arbeit, die dann auch dank der treuen logistischen Unterstützung des Bezirkskommissariats von Malmedy, das dem Ausschuß Sachmittel und Mitarbeiter zur Verfügung stellte, erfolgreich durchgeführt werden konnte. Übrigens ist es der Übersetzungsdienst des Kommissariats, der auf Initiative des beigeordneten Bezirkskommissars die letzte Hand an die neuen Bestimmungen legte, da der Ausschuß mangels einer Erneuerung des Mandats der drei Mitglieder seine Tätigkeit im Sommer 1990 offiziell einstellen mußte.

*
* *

Als Germanist glaubt Ihr Berichterstatter, das Ausmaß der vollbrachten Arbeit ganz besonders schätzen zu können. In seiner Eigenschaft als ehemaliger Präsident des Rates der Deutschen Kulturgemeinschaft kann er von den Problemen berichten, mit denen sich der erste Ausschuß konfrontiert sah. Ihm bot sich übrigens auch die Gelegenheit, die außerordentliche Reichhaltigkeit unserer Verfassung wiederzuentdecken. Wie sehr hatte sich doch das Verständnis ihres Inhalts in 150 Jahren entwickelt! Im Laufe der letzten fünfzehn Jahre sind verschiedene mehr oder weniger geglückte deutsche Übersetzungen unseres Grundgesetzes erschienen. Doch keine weist die Qualität des Textes auf, der gegenwärtig dem Ausschuß für die Revision der Verfassung zur Vorprüfung vorliegt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einerseits haben die ernannten Mitglieder es verstanden, die Erwartungen zu erfüllen, die in ihre Fähigkeiten als sprachgewandte Juristen gesetzt waren. Andererseits hat der Übersetzungsausschuß, der sich der Bedeutung seines Vorhabens bewußt war und an keine Handelserfordernisse gebunden war, es verstanden, sich für seine Bestrebungen Zeit zu lassen. Und nicht zuletzt hat er diese Zeit genutzt, um die nötigen terminologischen Nachforschungen vorzunehmen, die dieses heikle Vorhaben voraussetzt.

Jeder, der einmal versucht hat, eine wenn auch einfache Übersetzung zu machen, wird nämlich zugeben, daß es äußerst heikel ist, Ideen, Konzepte und Gebote in einer anderen Sprache wiederzugeben als derjenigen bzw. denjenigen, in denen sie gedacht worden sind. Noch heikler wird es, wenn es sich um strukturell verschiedene Sprachen und größtenteils um Fachwortschatz handelt und die Gedanken in einer Ausdrucksweise formuliert sind, der schon durch den unbedingt zu erreichenden politischen Kompromiß Grenzen gesetzt sind.

Ferner sollte eine größere Schwierigkeit dem angestrebten Resultat schon bald Grenzen setzen : Es bestand kaum eine deutsche Rechtsterminologie des belgischen Rechtes. Es mußten also neue Wege gefunden werden, Fachwörter geschaffen werden. Die Versuchung lag nahe, die Schwierigkeit zu umgehen und einen Text zu formulieren, der zwar wissenschaftlich gegen jegliche Kritik abgeschirmt wäre, aber lediglich für einige Exegeten esoterischer Rechtsformeln verständlich wäre. Sollte aber nicht eher — vor allem da es sich um das Grundgesetz handelt — die goldene Mitte zwischen der unerläßlichen Fachpräzision und dem notwendigen allgemeinen Verständnis angestrebt werden?

*
* *

Der Berichterstatter erläutert diese Probleme anhand einiger Beispiele. Ein erstes einfaches Beispiel zeigt, wie der Gebrauch eines bestimmten Wortes Nuancen wiedergeben kann. So sehen die Artikel 7, 8, 9 und folgende der Verfassung z.B. Garantien gegen die Willkür der Gewalt vor. In einer laufenden Übersetzung der achtziger Jahre wurde das Wort « peut » mit « kann » übersetzt. Das deutsche Wort « können » betrifft nun eher eine Fähigkeit, eine technische Möglichkeit oder eine Eventualität. In diesem Fall geht es aber nicht um eine materielle Befähigung, sondern eher um eine gesetzliche Erlaubnis, etwas tun zu dürfen. Diese Nuance wird im Deutschen mit einem Wort ausgedrückt, das ein Synonym vom ersten ist, jedoch eine ganz andere Tragweite hat : Es handelt sich um das Wort « dürfen ». Daher ist es für die Mitglieder des Übersetzungsausschusses ganz selbstverständlich, eher das Wort zu wählen, das die Erlaubnis bzw. das Verbot ausdrückt, als das Wort, das die Möglichkeit bzw. die Eventualität bedeutet.

Ein zweites Beispiel soll das Problem verdeutlichen, das ein aus der deutschen Sprache der BRD übernommener technischer Begriff zum Beispiel aufwerfen kann. Alles schien darauf hinzuweisen, daß die Bezeichnung der Bestandteile der richterlichen Gewalt keinerlei Schwierigkeiten hervorrufen würde. Diese Gewalt ist in ihren Hauptstrukturen ein Kind der Französischen Revolution, die ja zusammen mit dem Code Napoléon ein Europa befruchtete, das damals auch in Aufruhr war; so wurden ihre hauptsächlichen Bestandteile unter verschiedenen Varianten auch in den Gegenden deutscher Sprache eingeführt. Daher schien es selbstverständlich, dort die technischen Begriffe zu entnehmen, um die Strukturen der belgischen richterlichen Gewalt zu bezeichnen. Man kam aber rasch zu der Erkenntnis, daß dies gar nicht so einfach war : Wenn der Begriff « Gericht » in der BRD, in Österreich oder in der Schweiz zum Beispiel im wesentli-

chen der gleiche Begriff wie im belgischen Recht ist, so gilt dies nicht mehr, wenn es um Organe geht, die sowohl in Belgien wie auch in den vorerwähnten Staaten zwar ähnliche, aber nicht identische Befugnisse bzw. Strukturen haben.

Den Begriff « officier du Ministère public » (Artikel 101 der Verfassung) gibt es natürlich bei unseren deutschsprachigen Nachbarn, aber er deckt ganz verschiedene Realitäten. In diesen Staaten hängen die Magistraten der Staatsanwaltschaft mehr vom Ministerium der Justiz ab als bei uns. Genauer gesagt : Sie haben die Rechtsstellung eines öffentlichen Beamten, im Gegensatz zu unserer Staatsanwaltschaft, die ein vollständiger Bestandteil der richterlichen Gewalt bleibt und auch die zur Ausgeglichenheit der Justiz erforderliche Selbständigkeit genießt, obwohl sie gleichzeitig die Exekutive bei den Gerichtshöfen und Gerichten vertritt. Der Übersetzungsausschuß hat sich nach einem Vergleich der jeweiligen Rechtsbestimmungen für eine « belgische » Lösung, d.h. für einen Kompromiß, entschieden.

So wird für die Übersetzung des Amtes « Ministère public » das Wort benutzt, das der deutschsprachige Bürger sofort verstehen kann, nämlich das Wort « Staatsanwalt ». Streng juristisch genommen ist diese Übernahme wegen der jeweiligen Rechtsstellungen und Zuständigkeiten der hiesigen und anderwärtigen Staatsanwaltschaften unpassend. Deshalb haben die betreffenden Juristen bei der Einsetzung des neuen Gerichtsbezirks in Eupen im Einvernehmen mit dem Ausschuß auch beschlossen, insbesondere die Leiter des richterlichen Standes mit Begriffen zu bezeichnen, die für das belgische System typisch sind : Für « procureur du Roi » wurde statt « leitender Oberstaatsanwalt » « Prokurator des Königs » und für « procureur général » wurde statt « Generalstaatsanwalt » « Generalprokurator » genommen. Da der « auditeur du travail » eine Amtsperson der Staatsanwaltschaft ist, zu der es keine Entsprechung in den deutschsprachigen Nachbarländern gibt, mußte für ihn ferner eine Bezeichnung gefunden werden, die sowohl eine gewisse Tradition (man denke z.B. an den in Österreich gebrauchten Begriff « Militairauditor ») berücksichtigen als auch die für die anderen Leiter des richterlichen Standes gewollte Abhebung respektieren sollte. Man entschied sich für die Bezeichnung « Arbeitsauditor ».

Der Kohärenzmangel zwischen dem französischen und niederländischen Text brachte eine weitere irritierende Schwierigkeit hervor. Nehmen wir hier ein junges Beispiel in Artikel 107ter § 2 : Im niederländischen Text wird zweimal das Wort « bepaald » für die Übersetzung eines Begriffs benutzt, den der französische Text mit den Wörtern « détermine » und « prévue » wiedergibt. Nun stellte sich die Frage, ob man im deutschen Text wie im niederländischen nur einen einzigen Begriff oder eher wie im französischen Text zwei verschiedene Begriffe benutzen sollte. Der Ausschuß hat sich für erstere Lösung entschieden.

Es war jedoch nicht immer möglich, eine Übereinstimmung zu erreichen. So bestimmt Artikel 59bis z.B. in seinem Paragraphen 5, daß die Exekutive und die Mitglieder des Rates das Initiativrecht haben. Diese Formulierung « appartenir à » kommt ebenfalls in den Artikeln 27, 28 und 29 der Verfassung vor.

Der Übersetzungsausschuß hatte sich zuerst für « zustehen », d.h. « das Recht haben, jemandem gebühren », ausgesprochen, um alle durch vorerwähnte Bestimmungen gemeinten Fälle zu übersetzen. Jedoch gerade angesichts der Vielfältigkeit der Fälle, die diese Artikel enthalten, erschien es angebrachter, Formulierungen zu wählen, die jeweils auf den Einzelfall abgestimmt waren. In den Artikeln 27 und 59bis legte der Ausschuß den Nachdruck auf die Dynamik des Besitzes des Initiativrechtes durch die drei Zweige der gesetzgebenden Gewalt und der Exekutive, indem er den deutschen Begriff « haben » wählte.

In Artikel 28 dagegen ging es um das Recht zur authentischen Interpretation einer Norm, das dieser vorbehalten ist. Deshalb haben sie mit den Wörtern « allein Sache des Gesetzes » eine Formulierung gewählt, die die Idee der Alleinberechtigung besser wiedergibt.

Für Artikel 29, in dem bestimmt wird, daß die ausführende Gewalt beim König liegt, war der Ausschuß eher um eine korrekte und feine Sprache bemüht. Im Deutschen hörte sich nämlich « die ausführende Gewalt haben » oder « die ausführende Gewalt ist Sache des Königs » nicht sehr elegant an, und deshalb wurde dann auch eine Formulierung gewählt, die den Nachdruck auf die Tatsache legte, daß die ausführende Gewalt *in die Zuständigkeit des Königs fällt*.

Es ist nicht immer einfach, die Beibehaltung der Nuancen garantieren zu wollen, und zwar insbesondere wenn ihre Tragweite nicht gleich von Anfang an zu erfassen ist. Nehmen wir hier ein letztes Beispiel : Artikel 17. Die neue Formulierung dieser Bestimmung war ganz besonders von politischen Tücken geprägt. Als Ergebnis eines geschickten und weisen Kompromisses hat dieser Artikel sicherlich ernsthafte Interpretationsfragen aufgeworfen und wird dies in Zukunft auch noch tun. Wie heikel muß wohl die Aufgabe desjenigen gewesen sein, der jene Formulierung, die die verschiedenen Aspekte des ursprünglichen Gedankens nicht verraten würde, wählen mußte, ohne den Gesetzgeber zu spielen. Bei der Lektüre dieses Artikels 17 fällt sofort auf, daß das Wort « enseignement » verschiedene Realitäten beinhaltet. Im niederländischen Text wird auch nur das Wort « onderwijs » benutzt, jedoch manchmal mit dem Artikel « het » davor, so daß eine Idee sprachlich formuliert wird, die sich von derjenigen unterscheidet, die mit « onderwijs » allein ausgedrückt wird. Neben diesem terminologischen Unterschied in den beiden ursprünglichen Fassungen waren die verschiedenen Realitäten, die mit dem Wort « enseignement » ausgedrückt werden sollten, keineswegs unmißverständlich. Mit diesem Wort können im Französischen nämlich die Begriffe « unterrichten », « Un-

terrichtsnetz » und « Ausbildung im weiteren Sinne » ausgedrückt werden, die im Deutschen nicht mit demselben Wort wiederzugeben sind.

Der Übersetzungsausschuß hat sich schließlich für zwei allgemeine Wörter — « Unterricht » und « Unterrichtswesen » — entschieden mit der Hoffnung, damit die verschiedenen bekannten und noch zu entdeckenden Begriffe zu umfassen, die die verfassunggebende Gewalt mit der Wahl des Wortes « enseignement » bzw. « onderwijs » bezeichnen wollte.

Die nachträgliche Formulierung eines so komplizierten und umstrittenen Textes wie desjenigen von Artikel 59bis in einer im Aufbau befindlichen deutschen juristischen Sprache belgischen öffentlichen Rechts hat so viele Fragen aufgeworfen, daß der Berichterstatter hier wohl kaum alle stattgefundenen Überlegungen wiedergeben kann, ohne Gefahr zu laufen, die Mitglieder des Ausschusses damit zu langweilen.

*
* *

Dies sollte nur ein ganz bescheidener Einblick in einige kleinere Schwierigkeiten sein, die behoben werden mußten, damit der Kammer heute ein Text vorgelegt werden konnte, der in technischer und stilistischer Hinsicht in einwandfreiem Deutsch geschrieben sein sollte, die Gebote der Grundcharta bestens wiedergeben sollte und später eine eventuelle neue Lesung derselben ermöglichen sollte.

Die Tatsache, daß der jetzige Textentwurf diesen Erwartungen entspricht, ist selbstverständlich der Verdienst all derjenigen, die sich mit dem Vorhaben befaßt haben. Selbstverständlich haben die jeweiligen Gesetzgeber darauf geachtet, ganz besondere juristische und sprachliche Kenntnisse von denjenigen zu fordern, die Mitglieder des Übersetzungsausschusses werden sollten. Zum Glück haben sich sowohl der Rat als auch der König an diese Forderung gehalten und jeweils drei gute, sprachgewandte Juristen gewählt. Es mußten schon gute, sprachgewandte Juristen sein, um so mehr noch, als ihre Aufgabe wegen eines gewissen Unverständnisses der Allgemeinheit und mancher lokalen Vertreter ihnen gegenüber noch erschwert wurde. Zum Glück haben sich die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse nicht in ihrem Arbeitsrhythmus stören lassen, was der Qualität der Arbeit zugute kam. Angesichts der Organisationsregeln dieser Ausschüsse müssen wir übrigens zugeben, daß sie wohl kaum schneller hätten arbeiten können.

Der Berichterstatter möchte seine Wortmeldung demnach nicht abschließen, ohne den Herren François-Joseph Schmitz, Leo Stangherlin, Karl-Heinz Lambertz, André Henkes und Jean-Marie Frères Ehre dafür zu erweisen, daß sie einen großen Teil ihrer Feierabende der Erstellung einer deutschen Fassung unseres Grundgesetzes gewidmet haben. Dabei möchte er natürlich all diejenigen mit einbeziehen, die den Vorgenannten als ständige oder zeitweilige Mitarbeiter zur Seite standen, seien es, für den ersten Ausschuß, die Beamten, die zum früheren Rat der Deutschen Kulturgemeinschaft und zum späteren Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören, oder, für den zweiten Ausschuß, die Übersetzer-Revisoren und Beamten des Übersetzungsdienstes beim beigeordneten Bezirkskommissar von Malmedy. Der Übersetzungsentwurf, der, so hofft er, heute einstimmig von dem Ausschuß der Kammer ratifiziert werden kann, ist die Erfüllung einer Hoffnung, das Ergebnis einer zähen Entschlossenheit und das Werk eines Teams, das die Kontinuität der Arbeit gewahrt hat. Der Berichterstatter möchte sich dann auch bei diesem Team dafür bedanken, daß es mit vollem Einsatz zu Werke gegangen ist, damit die Deutschsprachigen heute einen weiteren historischen Schritt zu ihrer Eingliederung in die neuen Strukturen unseres Staates machen können. Die Benutzung der Normen der deutschen Sprache an der Spitze der Hierarchie ist mehr als eine Geste : Es ist die logische Folge der Anerkennung der verschiedenen kulturellen Gebilde, aus denen die belgische Nation besteht.

ALLGEMEINE DEBATTE

Ein Mitglied äußert sich erfreut darüber, daß von nun an eine deutsche Fassung der Verfassung mit demselben Wert wie der französische Text oder der niederländische Text zur Verfügung steht. Im Ausland versteht man nämlich nicht immer, wie der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine so große Autonomie zuerkannt werden konnte, ohne daß eine offizielle deutsche Fassung der Verfassung bestand.

Die deutsche Fassung unserer Verfassung wird auch im Ausland sehr geschätzt werden : Bestimmte Länder, die mit politischen und juristischen Problemen konfrontiert sind, die identisch mit den unseren sind (zum Beispiel die Tschechoslowakei), werden sehr erfreut über einen deutschen Text der belgischen Verfassung sein.

Der Sprecher hebt die Qualität der Übersetzung hervor und weist darauf hin, daß der deutsche Text anscheinend nicht dieselben Mängel aufweist wie der niederländische Text der Verfassung.

Ein Mitglied unterstreicht, daß das belgische föderative System in der Tat eine gewisse Bewunderung bei zahlreichen Ländern hervorruft. Die deutsche Fassung der Verfassung wird es sicherlich ermöglichen, unsere Staatsstruktur besser bekannt zu machen.

Der Sprecher weist jedoch darauf hin, daß man im Ausland nicht gut begreift, weshalb nicht nur die Regionen, sondern auch die Gemeinschaften an ein Gebiet gebunden sind. Das « jus sanguinis » ist also nicht vollkommen anerkannt in Belgien.

Das Mitglied ist der Meinung, daß das positive Bild der belgischen Staatsstruktur im Ausland unter dieser Zweideutigkeit leidet.

Der Vorsitzende bringt seine Wertschätzung für die Arbeit zum Ausdruck, die von einer Gruppe sorgfältig ausgewählter Sachverständiger geleistet worden ist. Er gibt zu bemerken, daß historisch gesehen der deutsche Text der Verfassung viel weniger lange auf sich hat warten lassen als die niederländische Übersetzung dieser Verfassung. Es sind tatsächlich « nur » 70 Jahre verstrichen zwischen dem Zeitpunkt, zu dem das betreffende Gebiet Belgien angegliedert worden ist, und dem heutigen Zeitpunkt.

Ein Mitglied fragt, ob die Annahme der Regierungsvorschläge und die sich daraus ergebende verfassungsmäßige Verankerung des deutschen Textes der Verfassung zur Folge haben werden, daß die Deutschsprachigen fortan Klage auf einstweilige Aufhebung oder Nichtigerklärung von Gesetzen, Dekreten und Ordonnanzen in deutscher Sprache erheben werden können. Ist der Schiedshof auf diese Lage vorbereitet, wird er sie meistern können?

Der Staatssekretär für Institutionelle Reformen erklärt, daß die Antwort auf diese Frage im Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof enthalten ist. In Artikel 62 dieses Gesetzes wird nämlich vorgesehen, daß Rechtssachen in Französisch, in Niederländisch oder in Deutsch beim Schiedshof anhängig gemacht werden.

In Artikel 64 desselben Gesetzes wird weiter vorgesehen, daß Wortmeldungen bei den Sitzungen in Französisch, in Niederländisch oder in Deutsch erfolgen und sie Gegenstand einer Simultanübersetzung sind.

Artikel 65 ist ein wenig nuancierter und lautet wie folgt : « Entscheide des Gerichtshofes werden in Französisch und Niederländisch verfaßt und verkündet. Sie werden auf die in Artikel 114 vorgesehene Weise mit einer deutschen Übersetzung im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht.

Die Entscheide werden jedoch in Französisch, in Niederländisch und in Deutsch verfaßt, verkündet und veröffentlicht :

1. wenn es sich um Entscheide handelt, die über Klagen auf Nichtigerklärung gefällt werden;
2. wenn die Rechtssache in Deutsch anhängig gemacht worden ist. »

Das Bestehen eines offiziellen deutschen Textes der Verfassung ändert also nichts an der bestehenden Lage.

*
* *

Auf Vorschlag des Vorsitzenden, dem mehrere Mitglieder sowie der Staatssekretär für Institutionelle Reformen beitreten, beschließt der Ausschuß, daß der Bericht dieser Sitzung ebenfalls in Deutsch gedruckt werden wird, sofern dies keine Hinauszögerung der Annahme der Vorschläge verursacht.

Der Ausschuß will jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, daß diese Veröffentlichung eines dreisprachigen Ausschußberichtes *eine Ausnahme bildet, die nicht als Präzedenzfall gewertet werden darf.*

*
* *

Der Staatssekretär für Institutionelle Reformen weist darauf hin, daß das Bestehen einer offiziellen deutschen Fassung der Verfassung impliziert, daß zukünftige Abänderungen der Verfassung ebenfalls eine Abänderung des deutschen Textes erforderlich machen.

Der Ausschuß teilt diese Auffassung : Jede Abänderung der Verfassung muß in Zukunft mit der Veröffentlichung eines deutschen Textes zusätzlich zu den niederländischen und französischen Texten einhergehen in den Unterlagen zu den vorbereitenden parlamentarischen Arbeiten und im *Belgischen Staatsblatt*.

Ein Mitglied regt an, in der Kammerordnung eine Bestimmung vorzusehen, in der die Art und Weise festgelegt wird, wie die drei Texte zu präsentieren sind (zum Beispiel in drei Kolonnen ...).

Der Staatssekretär für Institutionelle Reformen fügt hinzu, daß das Kabinett des Innern zur Zeit letzte Hand anlegt an einen Königlichen Erlaß zur Festlegung der für Übersetzungen anzuwendenden Tarife, wenn die Dienststellen des Bezirkskommissars von Malmedy beansprucht werden. Infolge der vor kurzem erfolgten Abänderungen des Gesetzes über die Deutschsprachige Gemeinschaft wird der Ausschuß für die deutsche Rechtsterminologie keine Übersetzungen ins Deutsche mehr anfertigen müssen, da diese Aufgabe von nun an den Dienststellen des Bezirkskommissars anvertraut ist. Diese Dienststellen werden in Zukunft für die Kontinuität der Übersetzungen ins Deutsche sorgen.

*
* *

Der Vorsitzende gibt zu bemerken, daß sich ein praktisches Problem in bezug auf die Abstimmung über den deutschen Text der Verfassung stellt. Der Minister des Innern hat bei der Übermittlung des Vorschlags in der Tat darauf hingewiesen, daß vor Annahme des jetzt untersuchten deutschen Textes bis zur Veröffentlichung der Abänderungen der Artikel 60, 61 und 137 im Belgischen Staatsblatt gewartet werden sollte, weil ansonsten dieser deutsche Text, der diese Abänderungen bereits enthält, Gefahr laufen würde, den französischen und niederländischen Fassungen « vorzugreifen ».

Der Ausschuß begreift nicht, weshalb auf die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt gewartet werden muß. Wenn es auch stimmt, daß diese Veröffentlichung erforderlich ist, damit die fraglichen Artikel Dritten gegenüber obligatorisch sind, so existieren diese trotzdem, sobald sie vom König sanktioniert und ausgefertigt sind.

Die Aufhebung des Artikels 137 der Verfassung ist vom Senat und vom Kammerausschuß angenommen worden und wird in Kürze ebenfalls in einer Plenarsitzung der Kammer angenommen werden. Da es sich hier um die Aufhebung eines gegenstandslos gewordenen Artikels der Verfassung handelt und angesichts der nahenden Ferien, beschließt der Ausschuß, bereits jetzt über die Vorschläge der Regierung abzustimmen, obwohl er dadurch rein formell gesehen der Abänderung des Artikels 137 der Verfassung etwas vorgreift.

*
* * *

Der Vorschlag der Regierung zur Revision von Artikel 140 der Verfassung (Dok. Nr. 10/140 - 1665/1) wird einstimmig von den 16 anwesenden Mitgliedern angenommen.

Der Vorschlag der Regierung, der den deutschen Text der Verfassung enthält (Dok. Nr. 10/140-1666/1), wird einstimmig von den 16 anwesenden Mitgliedern angenommen.

Weiter unten folgt der deutsche Text, in dem der Ausschuß die Druckfehler korrigiert hat.

Infolge dieser Abstimmungen wird der Vorschlag von Herrn Gehlen zur Revision von Artikel 140 der Verfassung (Dok. Nr. 10/140-1558/1) gegenstandslos.

Der Berichterstatter

A. GEHLEN

Der Vorsitzende

Ch.-F. NOTHOMB

MESDAMES, MESSIEURS,

Votre Commission a examiné ces propositions au cours de sa réunion du 25 juin 1991.

EXPOSE INTRODUCTIF DU SECRETAIRE D'ETAT AUX REFORMES INSTITUTIONNELLES

Le Secrétaire d'Etat aux Réformes institutionnelles explique que depuis le 10 avril 1967, le texte de l'article 140 de la Constitution est libellé comme suit : « Le texte de la Constitution est établi en français et en néerlandais ».

La préconstituante a décidé de soumettre l'article 140 de la Constitution à révision (*Moniteur belge* n° 216 du 9 novembre 1987) en vue d'établir le texte officiel allemand de la Constitution.

Tout comme la proposition de M. Gehlen (Doc. n° 10/140 - 1558/1 - 90/91), la proposition du Gouvernement vise dès lors à compléter l'article 140 de la Constitution de manière à ce que le texte de notre loi fondamentale puisse être établi en allemand également.

Le Secrétaire d'Etat déplore qu'un certain nombre de coquilles se soient glissées dans la proposition du Gouvernement portant le texte allemand de la Constitution.

Il souligne que dans le texte allemand, il a été tenu compte de la modification récente des articles 5, 50, 56 et 86 de la Constitution, des articles 60 et 61 de la Constitution (modifications adoptées par la Chambre et le Sénat mais non encore publiées au *Moniteur belge*) et de l'article 137 (modification adoptée au Sénat le 8 mai 1991 et à la Chambre le 27 juin 1991, n'ayant pas encore été publiée non plus au *Moniteur belge*).

EXPOSE INTRODUCTIF DE L'AUTEUR DE LA PROPOSITION N° 1558

L'auteur de la proposition n° 1558, qui est également rapporteur, remercie la Commission de la diligence avec laquelle elle a entamé la discussion des propositions à l'examen. Il remercie également le Gouvernement et la Communauté germanophone pour les efforts qu'ils ont fournis pour mener ce travail à bien.

Il souligne que la version allemande de la Constitution qui est aujourd'hui soumise aux commissaires pour ratification est l'aboutissement d'un laborieux ouvrage. A vrai dire, l'histoire de la rédaction de notre Charte fondamentale en langue allemande remonte aux premières heures de ce qui alors s'appelait le Conseil de la Communauté culturelle allemande. En effet, auprès de celui-ci fut instituée, en vertu des arrêtés du Conseil du 15 décembre 1975 et 4

DAMES EN HEREN,

Uw Commissie heeft de bovenvermelde voorstellen besproken tijdens haar vergadering van 25 juni 1991.

INLEIDING VAN DE STAATSSECRETARIS VOOR INSTITUTIONELE HERVORMINGEN

De Staatssecretaris voor Institutionele Hervormingen legt uit dat de tekst van artikel 140 van de Grondwet sinds 10 april 1967 luidt als volgt : « De tekst van de Grondwet is in het Nederlands en in het Frans gesteld ».

De preconstituante heeft artikel 140 van de Grondwet voor herziening vatbaar verklaard (*Belgisch Staatsblad* n° 216 van 9 november 1987) ten einde de officiële Duitse tekst van de Grondwet vast te stellen.

Net zoals het voorstel van de heer Gehlen (Stuk Kamer n° 10/140 - 1558/1 - 90/91), strekt het voorstel van de Regering er bijgevolg toe artikel 140 van de Grondwet aan te vullen, zodat onze fundamentele wet ook in het Duits kan worden gesteld.

De Staatssecretaris betreurt dat er in het voorstel van de Regering houdende de Duitse tekst van de Grondwet een aantal zetfouten zijn geslopen.

Hij onderstreept dat in de Duitse tekst rekening is gehouden met de recente wijzigingen van de artikelen 5, 50, 56 en 86 van de Grondwet, van de artikelen 60 en 61 van de Grondwet (aangenomen door Kamer en Senaat, maar nog niet bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad*) en van artikel 137 van de Grondwet (aangenomen in de Senaat op 8 mei 1991 en in de Kamer op 27 juni 1991, maar evenmin bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad*).

INLEIDING VAN DE AUTEUR VAN VOORSTEL N° 1558

De auteur van het voorstel n° 1558, die tevens rapporteur is, dankt de Commissie voor de spoed waarmee ze de bespreking van de voorliggende voorstellen heeft aangevat. Hij dankt ook de Regering en de Duitstalige Gemeenschap voor de inspanningen die zij hebben geleverd om deze onderneming tot een goed einde te brengen.

Hij benadrukt dat de Duitse versie van de Grondwet, die thans aan de commissieleden ter bekrachtiging voorgelegd wordt, het eindresultaat is van een omslachtige taak. In werkelijkheid werd het wordingsproces van onze Grondwet in de Duitse taal reeds ingeluid bij het van start gaan van wat toen de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap genoemd werd. Bij die Raad werd krachtens de besluiten van de Raad van 15 december 1975 en 4 juli 1977, ter

juillet 1977 pris en exécution des articles 32 et 33 de la loi organique du 10 juillet 1973, une « commission pour la traduction officielle allemande des lois et arrêtés ».

Bien que cette commission fût chargée par le Conseil de divers travaux de traduction, elle s'employa dès ses premiers jours aussi à l'établissement d'une version allemande de la Constitution. La commission rédigea deux projets. L'un avait pour objectif de fournir une traduction utilitaire. L'autre correspondait à l'ambition d'écrire la Constitution belge en langue allemande. Cette ambition connut sa satisfaction puisqu'en 1982, la commission pouvait présenter un projet de version en langue allemande de la Constitution belge. C'est cette réalisation qui pour une large part, est aujourd'hui soumise à l'appréciation de la Commission de la Chambre.

Que ce ne soit le texte de 1982 en sa totalité est une conséquence de deux événements. D'abord, les données constitutionnelles ne permirent pas à l'époque d'officialiser ce texte : l'absence d'un article 140 de la Constitution permettant l'adoption d'une troisième version à côté des textes français et néerlandais s'y opposait. Ensuite, depuis lors, la loi fondamentale de 1831 fut l'objet de quelques amendements en profondeur. Les nouveaux articles 17, 47, 48, 59bis, 59ter, 107ter, 108ter et 115 imposèrent une adaptation du projet existant.

Celle-ci fut l'œuvre de la commission de traduction qui succéda à la précitée. En effet, la commission instituée près du Conseil à Eupen cessa ses activités avec l'entrée en vigueur de la loi du 31 décembre 1983 sur les réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, loi parue en langue française et néerlandaise au *Moniteur belge* du 18 janvier 1984. L'article 76 de cette loi prévoyait la création près du commissaire d'arrondissement compétent pour la région de langue allemande, soit donc à Malmédy, d'une « commission pour la traduction officielle en langue allemande des lois, arrêtés et règlements ». Un arrêté royal du 24 octobre 1985 précisait les modalités de mise en place. Les trois membres furent nommés par arrêté royal du 11 avril 1986 et les nominations furent publiées au *Moniteur belge* du 3 juin 1986.

La commission fut officiellement installée le 3 juillet 1986 et un arrêté royal du 23 juillet 1986 fixa le règlement d'ordre intérieur. Dès que cette deuxième commission eut la certitude que la constituante avait la ferme volonté de mettre enfin en place les éléments permettant dans un proche avenir de donner une existence juridique à cette troisième version de notre Constitution, elle l'a remis sur le métier. Ainsi, à partir du printemps 1989, elle y consacra à rythme accéléré quasiment toutes ses séances et c'est avec le fidèle soutien logistique en matériel et en collaborateurs dispensés par le commissariat d'arrondissement de Malmédy que la tâche put être me-

uitvoering van de organieke wet van 10 juli 1973 immers een « Commissie voor de officiële Duitse vertaling van de wetten en besluiten » opgericht.

Alhoewel die commissie door de Raad met allerlei vertaalwerk belast werd, zette zij zich van meet af ook in voor het opstellen van een Duitse versie van de Grondwet. De commissie stelde twee ontwerpen op waarvan het ene tot doel had tot een gebruiksklare vertaling te komen en het andere de ambitie had om de Belgische Grondwet ook in het Duits op te stellen. Dat streven werd beantwoord aangezien de commissie in 1982 een ontwerp van Duitstalige versie van de Belgische Grondwet kon voorleggen. Dat werkstuk wordt thans grotendeels ter beoordeling aan de Commissie van de Kamer voorgelegd.

Dat het niet om de volledige tekst van 1982 gaat, is aan twee gebeurtenissen te wijten. In de eerste plaats liet de Grondwet destijds geen ruimte om die tekst officieel te bekrachtigen : het ontbreken van een artikel 140 van de Grondwet, dat de goedkeuring van een derde versie naast de Nederlandse en de Franse teksten mogelijk maakt, stond daaraan in de weg. Vervolgens werd de Grondwet van 1831 sindsdien enkele malen grondig geamendeerd. De nieuwe artikelen 17, 47, 48, 59bis, 59ter, 107ter, 108ter en 115, vergden een aanpassing van het bestaande ontwerp.

Die aanpassing was het werk van de commissie die de taak van de reeds genoemde commissie overnam. De bij de Raad te Eupen opgerichte commissie staakte immers haar bedrijvigheid als gevolg van de inwerkingtreding van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, een wet waarvan een Nederlandse en een Franse versie verschenen is in het *Belgisch Staatsblad* van 18 januari 1984. Artikel 76 van die wet voorzag in de oprichting bij de arrondissementscommissaris die bevoegd is voor het Duitse taalgebied — dat is dus in Malmédy — van een « Commissie voor de officiële Duitse vertaling van de wetten, besluiten en verordeningen ». Een koninklijk besluit van 24 oktober 1985 bevat de nadere regels voor de oprichting van die commissie. De drie leden werden benoemd bij koninklijk besluit van 11 april 1986 en de benoemingen werden in het *Belgisch Staatsblad* van 3 juni 1986 bekendgemaakt.

De commissie werd op 3 juli 1986 officieel geïnstalleerd en een koninklijk besluit van 23 juli 1986 stelt haar reglement van orde vast. Zodra die tweede commissie de zekerheid had dat de grondwetgever de mogelijkheid wou creëren om in de nabije toekomst een derde versie van de Grondwet eindelijk rechtsgeldig te maken, is zij opnieuw beginnen te sleutelen. Zo besteedde die commissie vanaf het voorjaar 1989 in een ijtempo praktisch al haar vergaderingen aan die taak welke met de door het arrondissementscommissariaat van Malmédy verstrekte betrouwbare logistieke steun aan materieel en medewerkers tot een goed einde kon worden gebracht. De vertaaldienst

née à bon terme. C'est d'ailleurs le service de traduction du commissariat qui, à l'initiative du commissaire d'arrondissement adjoint, mettra la dernière main aux nouvelles dispositions dans la mesure où la commission dut cesser officiellement ses activités durant l'été 1990 faute de renouvellement du mandat des trois membres.

*
* *

Etant germaniste de formation, votre rapporteur pense pouvoir tout particulièrement mesurer l'ampleur de la tâche accomplie. En qualité d'ancien Président du Conseil de la Communauté culturelle allemande, il peut témoigner des problèmes rencontrés par la première commission. Ce fut d'ailleurs aussi l'occasion pour redécouvrir la singulière richesse de notre Constitution. Combien la compréhension de son contenu n'avait-il pas évolué en un siècle et demi! Diverses traductions plus ou moins heureuses en langue allemande de notre loi fondamentale parurent au cours des quinze dernières années. Mais aucune n'a la qualité du texte présentement soumis à la censure de la Commission de révision de la Constitution. Les raisons sont diverses. D'une part, les membres nommés surent répondre à l'attente placée en leurs qualifications de juristes linguistes. D'autre part, la commission de traduction consciente de l'importance de la démarche et tenue à aucun impératif commercial, sut se donner le temps de ses aspirations. Enfin et surtout, elle mit celui-ci à profit pour entreprendre les travaux de recherche terminologique que cette délicate entreprise méritait.

En effet, pour quiconque a tenté un jour d'entreprendre ne serait-ce qu'une banale traduction, il est admis que reformuler dans une langue des idées, concepts et commandements pensés en une autre, voire en deux autres, est une bien délicate opération. Combien est-elle rendue plus périlleuse encore quand les langues sont structurellement différentes, le vocabulaire essentiellement technique et les pensées formulées dans un langage plutôt conditionné par le nécessaire compromis politique à atteindre.

En outre, une difficulté majeure allait bien vite tracer certaines limites au résultat souhaité : la quasi-absence d'une terminologie juridique allemande de droit belge. En conséquence, il fallait innover, créer un vocabulaire technique. La tentation était forte de contourner la difficulté en formulant un texte scientifiquement à l'abri de toutes critiques mais dont la compréhension resterait réservée à quelques exégètes de formules juridiques ésotériques. Or ne convenait-il pas tout particulièrement pour la loi fondamentale de trouver le juste équilibre

van het commissariaat heeft overigens, op initiatief van de adjunct-arrondissementscommissaris, de laatste hand gelegd aan de nieuwe bepalingen totdat die commissie zich in de zomer van 1990 genoopt zag haar activiteiten officieel te staken omdat het mandaat van de drie leden niet verlengd was.

*
* *

Uw rapporteur, die een germanisten-opleiding genoten heeft, meent de meest aangewezen persoon te zijn om te kunnen stellen dat het hier om een reuzentaak ging. In zijn hoedanigheid van ex-Voorzitter van de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap kan hij meespreken van de problemen waarmee de eerste commissie geconfronteerd werd. Dat was overigens ook een gelegenheid om het unieke gehalte van onze Grondwet te herontdekken. Men kwam daarbij tot de vaststelling dat de inhoud van de Grondwet na anderhalve eeuw bestaan steeds bevattelijker geworden is! De afgelopen vijftien jaar verschenen een aantal min of meer geslaagde Duitse vertalingen maar geen enkele daarvan kan de thans aan het oordeel van de Commissie voor de Herziening van de Grondwet voorgelegde tekst kwalitatief evenaren en dat is om allerlei redenen te verklaren. Enerzijds hebben de benoemde leden de in hen gestelde verwachtingen op het stuk van hun onderlegdheid als jurist-taalkundige niet beschaamd. Anderzijds kon de vertaalcommissie, die zich van het gewicht van haar taak bewust was en niet moest omkijken naar enigerlei commerciële verplichting, genoeg tijd uittrekken om haar opzet te realiseren. Ten slotte — en dat is het voornaamste — maakte zij zich de haar toegemeten tijd ten nutte voor terminologische opzoekingen en dat was met een zo veeleisende onderneming alleszins de moeite waard.

Voor al wie zich ooit aan een zelfs doodgewone vertaling gewaagd heeft, staat het vast dat het omzetten in een andere taal van ideeën, concepten en voorschriften die in een andere of zelfs in twee andere talen werden uitgekend, een zeer kiese taak is die nog hachelijker wordt wanneer het gaat om talen met een verschillende structuur en wanneer de hoofdzakelijk technische woordenschat en de ideeën worden uitgedrukt met een woordgebruik dat vooral ondergeschikt is aan een noodzakelijk politiek vergelijk.

Bovendien kwam een ernstige moeilijkheid opdienen die al snel de grenzen van wat mogelijk was, zou aantonen : er bestaat immers haast geen Duitse terminologie voor het Belgisch recht. Bijgevolg diende naar nieuwe termen te worden gezocht en een technisch vocabularium samengesteld. De verleiding was groot om die moeilijkheid maar te omzeilen en een onberispelijke wetenschappelijke tekst te ontwerpen waaraan evenwel alleen een beperkt aantal exegeten van esoterische rechtsformules een boodschap zouden hebben. Meteen rees de vraag of niet vooral voor

entre l'indispensable précision technique et la nécessaire compréhension courante ?

*
* *

Le rapporteur illustre ces problèmes par quelques exemples. Un premier, simple, témoigne des nuances que l'emploi d'un mot plutôt qu'un autre est à même de traduire. Ainsi les articles 7, 8, 9 et suivants de la Constitution stipulent des garanties contre l'arbitraire de l'autorité. Dans une traduction courante des années 80, le terme « peut » était traduit par « kann ». Or le mot allemand « können » vise plutôt une capacité, une possibilité technique ou une éventualité. En l'espèce toutefois, il y va non pas d'une habilitation matérielle, mais bien d'une autorisation légale de pouvoir faire. Cette nuance est rendue en allemand par un mot synonyme du premier mais bien différent dans sa portée, « dürfen ». Aussi est-ce tout naturellement que les membres de la commission de traduction choisirent le mot traduisant l'autorisation ou la défense plutôt que celui signifiant la possibilité ou l'éventualité.

Un deuxième exemple permettra de mieux comprendre le problème d'un terme technique emprunté à l'allemand de la RFA, par exemple. Tout porterait à croire que la dénomination des composantes du pouvoir judiciaire ne soulèverait guère de difficultés. Etant dans ses structures essentielles un enfant de la Révolution française laquelle, de pair avec le Code Napoléon, féconda une Europe alors aussi en ébullition, ce pouvoir dans ses principaux éléments constitutifs fut introduit sous différentes variantes aussi dans les contrées de langue allemande. Quoi de plus naturel dès lors d'y puiser maintenant les termes techniques pour identifier les structures du pouvoir judiciaire belge. Bien vite, il fallut déchanter. Si en RFA, en Autriche ou en Suisse, par exemple, le terme « tribunal » recouvre pour l'essentiel la même notion qu'en droit belge, il n'en va plus de même dès lors qu'il s'agit d'organes ayant, tant en Belgique que dans les Etats précités, des pouvoirs similaires mais non identiques et des structures semblables mais non pareilles.

Ainsi, le concept « officier du Ministère public » (article 101 de la Constitution) existe évidemment chez nos voisins germaniques. Mais les réalités le traduisant sont bien différentes. Dans ces Etats, les magistrats du Ministère public ressortissent plus du Ministère de la Justice que chez nous. Plus exactement, leur statut est celui de fonctionnaire public, à

een Grondwet het juiste evenwicht diende te worden gevonden tussen een technisch perfecte en een voor iedereen begrijpelijke tekst, wat allebei even noodzakelijk is.

*
* *

De rapporteur geeft ter illustratie een aantal voorbeelden. Uit een eerste, eenvoudig voorbeeld blijkt tot welke nuances het gebruik van het ene woord in plaats van het andere kan leiden. Zo bevatten de artikelen 7, 8, 9 sq. van de Grondwet een aantal garanties tegen machtswillekeur. In een in de jaren tachtig gangbare vertaling werd voor het woord « kan » (in het Frans « peut ») in het Duits « kann » gebruikt. Het Duitse werkwoord « können » betekent evenwel eerder dat men tot iets bekwaam is, dat iets technisch mogelijk is of zich eventueel kan voordoen. In dit geval gaat het evenwel niet om materiële machtiging maar om de wettelijke toestemming om iets te mogen doen. Die nuance wordt echter in het Duits weergegeven met een woord dat weliswaar semantisch verwant is, maar een totaal andere draagwijdte heeft : « dürfen ». Het is dan ook niet meer dan logisch dat de leden van de met de vertaling belaste commissie uiteindelijk hebben gekozen voor de term die wijst op een toestemming of een verbod, en niet voor een term die eerder voor mogelijkheid of eventualiteit staat.

Een tweede voorbeeld moet duidelijk maken hoe moeilijk het is om een technische term uit het Duits van de Bondsrepubliek over te nemen. Het zag er aanvankelijk naar uit dat vrij gemakkelijk een naam voor de verschillende instellingen en leden van de rechterlijke macht zou worden gevonden. Aangezien de rechterlijke macht in haar essentiële structuur resulteert uit de Franse Revolutie, die samen met de Code Napoléon de grondslag legde voor een ook toen roerig Europa, werden de hoofdstructuren van die macht, zij het in enigszins gewijzigde vorm, ook in de Duitstalige gebieden ingevoerd. Ligt het dan niet voor de hand dat men voor de technische termen die de structuren van de rechterlijke macht in België moeten benoemen, bij de in die Duitstalige gebieden gangbare begrippen inspiratie zoekt ? Al snel bleek dat evenwel niet haalbaar. Ook al dekt de in de BRD, Oostenrijk en Zwitserland gebruikte term « Gericht » in se ongeveer dezelfde lading als in het Belgisch recht, toch gaat dat niet meer op wanneer het instellingen betreft die zowel in België als in voornoemde landen gelijksoortige maar geen identieke bevoegdheden uitoefenen en over gelijksoortige maar niet identieke structuren beschikken.

Zo kennen onze Duitstalige bureaus natuurlijk ook het begrip « ambtenaar van het openbaar ministerie » (artikel 101 van de Grondwet), maar achter dat begrip schuilt bij hen een totaal andere werkelijkheid dan bij ons. In die landen heeft het Ministerie van Justitie veel meer bevoegdheid over de magistraten van het openbaar ministerie dan in ons land. Zij

l'inverse de notre Ministère public lequel, tout en étant un représentant de l'exécutif auprès des cours et tribunaux, n'en reste pas moins une composante à part entière du pouvoir judiciaire et donc bénéficiant du statut d'indépendance indispensable à la sérénité de la justice. La commission de traduction, après avoir entrepris une étude de droit comparé, décida de retenir une solution « belge », c'est-à-dire un compromis.

Ainsi, pour traduire la fonction de « Ministère public », l'on utilisera le mot assurant une compréhension immédiate par le citoyen de langue allemande, soit donc le terme « Staatsanwalt ». D'un point de vue strictement juridique, cet emprunt, en raison des statuts et compétences différents des Ministères publics d'ici et de là, est impropre. Aussi, à l'occasion de la mise en place du nouvel arrondissement judiciaire d'Eupen, les juristes concernés décidèrent, en accord avec la commission, d'identifier notamment les chefs de corps par les termes propres au système belge : le procureur du Roi devenait « Prokurator des Königs » au lieu de « Leitender Oberstaatsanwalt » et le procureur général devint le « Generalprokurator » plutôt que « Generalstaatsanwalt ». De plus, l'auditeur du travail étant un officier du Ministère public sans équivalent dans les pays germaniques voisins, il fallut l'identifier par une création ad hoc respectant une certaine tradition (pensez au terme « Militairauditor » utilisé, par exemple, en Autriche) et restant conforme à la singularisation voulue pour les autres chefs de corps, soit donc « Arbeitsauditor ».

Une autre difficulté irritante était le manque de cohérence entre le texte français et néerlandais. Prenons un exemple récent : dans l'article 107ter, § 2, le texte néerlandais utilisera à deux reprises le terme « bepaald » pour traduire un même concept que le texte français rendra par les mots « détermine » et « prévue ». Fallait-il choisir un terme allemand unique, conformément au texte néerlandais, ou deux termes distincts, conformément au texte français ? La commission retint la première solution.

La concordance n'était toutefois par toujours réalisable. Ainsi, l'article 59bis stipule, en son paragraphe 5, que le droit d'initiative appartient à l'exécutif et aux membres du Conseil. Cette formule « appartenir à » se retrouve également aux articles 27, 28 et 29 de la Constitution.

Dans un premier temps, la commission de traduction s'était prononcée en faveur de « zustehen », c'est-à-dire « il est de son droit, il lui est dû », pour traduire toutes les situations visées par les dispositions précitées. Mais compte tenu précisément de la diversité de ces situations recouvertes par ces articles, il apparut plus opportun de choisir des tournures individualisées. Dans les articles 27 et 59bis, la commission de traduction insista sur la dynamique de la possession de ce droit d'initiative en faveur des trois branches

hebben het statuut van overheidsambtenaar, terwijl ons openbaar ministerie weliswaar een vertegenwoordiger van de uitvoerende macht bij de hoven en rechtbanken is, maar desalniettemin een volwaardig lid van de rechterlijke macht blijft en bijgevolg een onafhankelijk statuut heeft, wat voor een serene rechtspraak onontbeerlijk is. De met de vertaling belaste commissie heeft na een onderzoek op het stuk van vergelijkend recht voor een « Belgische » oplossing — een compromis dus — gekozen.

Om het begrip « ambtenaar van het openbaar ministerie » te vertalen, gebruikt men dan ook een woord dat voor een Duitstalige burger meteen duidelijk maakt waarover het gaat : « Staatsanwalt ». Strikt juridisch genomen is het gebruik van dit leenwoord oneigenlijk, aangezien de statuten en bevoegdheden van de desbetreffende openbare ministeries verschillen. Bij de oprichting van het nieuwe gerechtelijk arrondissement van Eupen besloten de betrokken juristen in overleg met de commissie onder meer voor de korpschefs een specifiek Belgische term te gebruiken : procureur des Konings werd dan ook « Prokurator des Königs » in plaats van « Leitender Oberstaatsanwalt » en de procureur-generaal werd « Generalprokurator » in plaats van « Generalstaatsanwalt ». Voor de arbeidsauditeur — een ambtenaar van het openbaar ministerie zonder evenknie in de Duitstalige buurlanden — was een « ad hoc » term nodig, waarbij men bepaalde tradities niet uit het oog mocht verliezen (denken we maar aan de term « Militairauditor » die bijvoorbeeld in Oostenrijk wordt gebruikt). Aangezien ook voor de andere korpschefs een specifieke term werd gebruikt, opteerde men uiteindelijk voor « Arbeitsauditor ».

Een ander vervelend probleem was de gebrekkige samenhang tussen de Franse en de Nederlandse tekst, waarvan volgend recent voorbeeld : in artikel 107ter, § 2, wordt in de Nederlandse tekst twee keer de term « bepaald » gebruikt om eenzelfde begrip te vertalen dat in de Franse tekst met « détermine » en « prévue » wordt aangeduid. Kon hier overeenkomstig de Nederlandse tekst met een enkele Duitse term worden volstaan, of moest men net als in het Frans twee verschillende termen gebruiken ? De commissie opteerde voor de eerste oplossing.

Concordantie was immers niet altijd mogelijk. Artikel 59bis, § 5, bepaalt bijvoorbeeld dat het recht van initiatief aan de Executieve en aan de leden van de Raad behoort. De bewoordingen « behoren aan » komen ook in de artikelen 27, 28 en 29 van de Grondwet voor.

Om alle in bovenvermelde bepalingen bedoelde situaties weer te geven opteerde de met de vertaling belaste commissie aanvankelijk voor « zustehen », dus « heeft het recht om, komt toe ». Maar, uitgerekend gelet op de verscheidenheid van de situaties waarop die artikelen slaan, leken geïndividualiseerde zinswendingen aangewezen. Inzake de artikelen 27 en 59bis heeft de met de vertaling belaste commissie er de klemtoon op gelegd dat het feit dat de drie takken van de wetgevende en de uitvoerende

du pouvoir législatif et de l'exécutif en choisissant le terme allemand « haben », c'est-à-dire « avoir ».

A l'article 28, par contre, il y allait du droit de l'interprétation authentique d'une norme, lequel est réservé à celle-ci. Aussi retiendront-ils une formulation rendant mieux cette idée de pouvoir exclusif en disant « allein Sache des Gesetzes ».

Pour l'article 29 précisant que le pouvoir exécutif appartient au Roi, la commission de traduction se laissa plutôt guider par le souci d'une langue à la fois correcte et élégante. En effet, dire en allemand que « le Roi a le pouvoir exécutif » (« die ausführende Gewalt haben ») ou que « le pouvoir exécutif est l'affaire du Roi » (« die ausführende Gewalt ist Sache des Königs ») n'était guère fort élégant. Aussi choisira-t-on une formulation mettant l'accent sur le fait que le pouvoir exécutif *relève* du Roi.

Vouloir garantir dans la nouvelle version la survie des nuances n'est pas toujours chose aisée, tout particulièrement lorsque leur portée n'est pas toujours dès l'abord facile à saisir. Prenons un dernier exemple, l'article 17. La nouvelle formulation de cette disposition a été particulièrement parsemée d'embûches politiques. Fruit d'un savant et sage compromis, cet article n'a manqué et ne manquera certainement pas de soulever de sérieuses questions d'interprétation. Combien délicate est dès lors la tâche de celui qui, sans vouloir faire œuvre de législateur, doit choisir celle-là des formulations qui dans une autre langue ne trahira pas les diverses facettes de la pensée originaire. Une lecture rapide dudit article 17 fait immédiatement apparaître que le mot « enseignement » recouvre diverses réalités. En néerlandais aussi, l'on n'emploie que le mot « onderwijs » mais ici, il sera parfois précédé de « het », de sorte qu'il y a là bien une matérialisation linguistique d'un concept différent de celui exprimé par « onderwijs » sans plus. Outre cette différence terminologique dans les deux versions d'origine, les diverses réalités censées être exprimées par le mot « enseignement » n'étaient pas dénuées d'ambiguïté. En allemand, les concepts « enseigner, réseau d'enseignement, éducation scolaire au sens large », par exemple, s'expriment en des termes différents.

En fin de compte, la commission de traduction opta pour deux termes généraux — Unterricht et Unterrichtswesen — espérant avoir par là couvert les divers concepts connus et encore à découvrir que le constituant a voulu désigner par le choix du mot « enseignement », « onderwijs ».

Au demeurant, le rapporteur doit-il vraiment vous illustrer que formuler a posteriori dans une langue juridique allemande de droit public belge en voie de se construire, un texte aussi complexe et controversé

macht dit initiatiefrecht in handen hebben een dynamisch gegeven is; zij heeft derhalve gekozen voor het Duitse woord « haben », wat « hebben » betekent.

Artikel 28 daarentegen heeft betrekking op het recht tot authentieke uitlegging van een norm die aan de wet behoort. Zij hebben derhalve gekozen voor een formulering, met name « allein Sache des Gesetzes », waarbij de nadruk meer op die exclusieve bevoegdheid is komen te liggen.

Bij artikel 29 (dat preciseert dat de uitvoerende macht bij de Koning berust) heeft de met de vertaling belaste commissie veeleer oog gehad voor correct en elegant taalgebruik. Het zou immers niet erg fraai hebben geklonken mocht er in het Duits gestaan hebben dat « de Koning de uitvoerende macht heeft » (« die ausführende Gewalt haben ») of dat « de uitvoerende macht zaak is van de Koning » (« die ausführende Gewalt ist Sache des Königs »). Men heeft derhalve gekozen voor een formulering die doet uitkomen dat de uitvoerende macht onder de Koning *ressorteert*.

Het is niet altijd eenvoudig de nuances in de nieuwe versie onverkort te bewaren, in het bijzonder wanneer de draagwijdte ervan niet altijd op het eerste gezicht te vatten is. Laten we artikel 17 als laatste voorbeeld nemen. De nieuwe formulering van die bepaling bevat een hele reeks politieke valkuilen. Dat artikel, het resultaat van een savant en wijs vergelijk, heeft geleid en zal ongetwijfeld nog leiden tot aanzienlijke uitleggingsproblemen. Men kan zich dan ook voorstellen hoe delicaat de opdracht is van diegene die, zonder dat hij als wetgever tewerk gaat, een formulering moet kiezen die in een andere taal de verschillende facetten van de oorspronkelijke gedachte niet anders zal weergeven. Een oppervlakkige lectuur van voornoemd artikel 17 maakt al onmiddellijk duidelijk dat het woord « onderwijs », meer dan één lading dekt. Ook in het Nederlands gebruikt men alleen het woord « onderwijs », maar in die taal wordt het soms door « het » vooraf gegaan; dit laatste geeft dus taalkundig wel degelijk iets anders weer dan wat met « onderwijs » zonder meer wordt bedoeld. Naast dat terminologische verschil in beide oorspronkelijke versies, bleef er dubbelzinnigheid bestaan omtrent de verschillende betekenissen die achter het woord « onderwijs » kunnen schuilgaan. In het Duits worden telkens andere uitdrukkingen gebruikt om bijvoorbeeld de begrippen « onderwijzen, onderwijsnet, onderwijs in de ruime zin van het woord » weer te geven.

Uiteindelijk heeft de met de vertaling belaste commissie voor twee algemene termen gekozen, met name « Unterricht » en « Unterrichtswesen », hopen de zodoende alle bekende en nog niet bekende begrippen te hebben omvat die de grondwetgever met de woorden « enseignement » en « onderwijs » heeft willen aanduiden.

De omzetting a posteriori van een zo ingewikkelde en betwiste tekst als die van bijvoorbeeld artikel 59bis in de nog in ontwikkeling zijnde Duitse rechtstaal, zoals die in het Belgisch publiekrecht

que l'est par exemple l'article 59bis nouveau, souleva des interrogations dont on ne peut, au risque de lasser bien vite les membres de cette Commission retracer toutes les ramifications.

*
* *

Ceci n'était qu'un bien modeste aperçu de quelques difficultés mineures qui durent être rencontrées pour soumettre aujourd'hui à la Chambre, un texte qui à la fois serait écrit en un allemand techniquement et stylistiquement sans reproche, rendrait au mieux les commandements de la Charte fondamentale et permettrait une éventuelle future nouvelle lecture de celle-ci. Que l'actuel projet de texte répond à cette attente est évidemment le mérite de ceux qui s'attelèrent à la besogne. Bien sûr, les législateurs respectifs veillèrent à exiger de ceux qui seraient appelés en qualité de membres de la commission de traduction une compétence juridique et linguistique toute particulière. Fort heureusement, le Conseil d'abord, le Roi ensuite, ne laissèrent pas cette exigence rester lettre morte et choisirent chaque fois trois juristes linguistes de qualité. Ceux-ci devaient l'être d'autant plus que leur tâche était rendue encore plus malaisée en raison d'une certaine incompréhension manifestée à son égard par le grand public et certains mandataires locaux. Bien heureusement pour la qualité de l'œuvre, les membres des commissions successives ne se laissèrent pas perturber dans le rythme de leurs travaux. D'ailleurs, considérant les règles d'organisation desdites commissions, il faut bien admettre qu'elles n'auraient guère pu accélérer leur débit.

Le rapporteur ne voudrait donc conclure son intervention sans avoir rendu hommage à MM. François-Joseph Schmitz, Leo Stangherlin, Karl-Heinz Lambertz, André Henkes et Jean-Marie Frères pour avoir consacré une bonne part de leurs après-journées à la rédaction d'une version en langue allemande de notre loi fondamentale. Bien évidemment, il tient à associer aux précités tous ceux qui leur furent adjoints en qualité de collaborateurs permanents ou temporaires, qu'il s'agisse, pour la première commission, de fonctionnaires appartenant au Conseil de la Communauté culturelle allemande d'abord, du Conseil de la Communauté germanophone ensuite, ou qu'il s'agisse, pour la deuxième commission, des traducteurs-réviseurs et fonctionnaires du service de traduction installé près du commissaire adjoint de Malmédy. Le projet de traduction qu'il espère que la Commission de la Chambre va pouvoir ratifier aujourd'hui à l'unanimité est l'aboutissement d'un

wordt gehanteerd, is met heel wat vraagstellingen gepaard gegaan. Mocht van de rapporteur werkelijk worden verlangd dat hij een en ander met een voorbeeld verduidelijkt, dan bestaat het gevaar dat zijn opsomming van alle daarbij overwogen alternatieve oplossingen de leden van de Commissie al snel zou gaan vervelen.

*
* *

Het vorenstaande is slechts een zeer bescheiden overzicht van een aantal minder belangrijke problemen die moesten worden overwonnen om thans aan de Kamer een tekst te kunnen voorleggen die tegelijkertijd in een technisch en stilistisch gezien smetteloos Duits is gesteld, de bepalingen van de Grondwet op optimale wijze weergeeft en in de toekomst eventueel een nieuwe uitlegging van die tekst mogelijk maakt. Het feit dat de ontwerptekst aan deze verwachting beantwoordt, is vanzelfsprekend de verdienste van diegenen die zich aan deze taak hebben gewijd. De respectieve wetgevers hebben er uiteraard op toegezien dat diegenen die tot lid van de vertaalcommissie zouden worden aangesteld, aan bijzondere taalkundige en juridische bekwaamheidsvereisten voldeden. Het mag een geluk heten dat in eerste instantie de Raad en vervolgens de Koning het niet bij papieren vereisten hebben gelaten, en telkens drie voortreffelijke juristen-linguïsten hebben geselecteerd. Dezen moesten des te meer van uitmuntendheid blijk geven, daar hun taak bij de bevolking en bij sommige plaatselijke gezagsdragers op enig onbegrip stuitte, en daardoor nog meer werd bemoeilijkt. Dat de leden van de opeenvolgende commissies hun werktempo onverstoord hebben doorgezet, is de kwaliteit van het werkstuk duidelijk ten goede gekomen. Gelet op de voorschriften betreffende de structuur van de bovengenoemde commissies, moet overigens worden erkend dat ze hun werkzaamheden onmogelijk nog sneller hadden kunnen doen verlopen.

De rapporteur wil zijn uiteenzetting dan ook niet besluiten zonder hulde te hebben gebracht aan de heren François-Joseph Schmitz, Leo Stangherlin, Karl-Heinz Lambertz, André Henkes en Jean-Marie Frères. Zij hebben immers een groot deel van hun avonden aan de uitwerking van de Duitse versie van onze Grondwet gewijd. Het spreekt vanzelf dat dit huldebetoon eveneens al diegenen geldt die de werkzaamheden als vaste of tijdelijke medewerkers hebben ondersteund, met name de ambtenaren van de Raad van de Duitstalige Cultuurgemeenschap en vervolgens die van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap wat de eerste commissie betreft, alsmede de vertalers-revisoren en ambtenaren van de vertaaldienst van de adjunct-commissaris van Malmédy wat de tweede commissie betreft. De conceptvertaling die de Kamercommissie, naar de rapporteur hoopt, vandaag eenparig zal aannemen, is de in vervulling gegane verwachting, het resultaat van verbe-

espoir, le résultat d'une farouche détermination et l'œuvre d'une équipe ayant travaillé dans la continuité. Qu'il soit permis au rapporteur de la remercier pour avoir donné le meilleur d'elle-même afin que les germanophones puissent aujourd'hui franchir une autre étape historique de leur insertion dans les nouvelles structures de notre Etat.

L'utilisation au sommet de la hiérarchie des normes de la langue allemande est plus qu'un geste : c'est la conséquence logique de la reconnaissance des entités culturelles distinctes composant la nation belge.

DISCUSSION GENERALE

Un membre se réjouit que l'on puisse disposer désormais d'une version allemande de la Constitution ayant la même valeur que le texte français ou le texte néerlandais. A l'étranger, on ne comprend en effet pas toujours comment nous avons pu accorder une si grande autonomie à la Communauté germanophone, sans qu'il existe une version allemande officielle de la Constitution.

La version allemande de notre Constitution sera également très appréciée à l'étranger : certains pays qui sont confrontés à des problèmes politiques et juridiques identiques aux nôtres (par exemple, la Tchécoslovaquie) seront très heureux de pouvoir disposer d'un texte allemand de la Constitution belge.

L'intervenant loue la qualité de la traduction et fait observer que le texte allemand ne présente apparemment pas les mêmes défauts que la version néerlandaise de la Constitution.

Un membre souligne que le système fédéral belge suscite en effet une certaine admiration de la part de nombreux pays. La version allemande de la Constitution permettra certainement de mieux faire connaître notre structure étatique.

L'intervenant fait toutefois observer que l'on ne comprend pas bien, à l'étranger, pourquoi non seulement les Régions, mais aussi les Communautés, sont liées à un territoire. Le « jus sanguinis » n'est donc pas totalement reconnu en Belgique.

Le membre estime que l'image positive de la structure étatique belge à l'étranger souffre de cette ambiguïté.

Le président exprime sa considération pour le travail fourni par un groupe d'experts triés sur le volet. Il fait observer que d'un point de vue historique, le texte allemand de la Constitution s'est fait attendre bien moins longtemps que la traduction néerlandaise de cette dernière. Il ne s'est en effet écoulé « que » 70 ans entre le moment où le territoire concerné a été rattaché à la Belgique et le moment présent.

Un membre demande si l'adoption des propositions du Gouvernement et la constitutionnalisation subséquente du texte allemand de la Constitution auront pour conséquence que les germanophones pourront désormais introduire en allemand un recours en sus-

ten vastberadenheid en het werk van een team dat in een geest van continuïteit heeft gewerkt. De rapporteur spreekt zijn dank uit aan dit team dat het beste van zichzelf heeft gegeven en zo de Duitstaligen in ons land vandaag in staat stelt een nieuwe historische stap naar hun integratie in de nieuwe staatsstructuren van ons land te zetten.

Dat de Duitse taal bovenaan onze normenhiërarchie wordt gebruikt, is meer dan een gebaar, het is het logische gevolg van de erkenning van de onderscheiden culturele bestanddelen van de Belgische natie.

ALGEMENE BESPREKING

Een lid verheugt zich erover dat men voortaan zal kunnen beschikken over een Duitse tekst van de Grondwet die dezelfde waarde heeft als de Nederlandse of de Franse tekst. In het buitenland begrijpt men immers niet altijd hoe wij een dermate grote autonomie hebben kunnen toekennen aan de Duitstalige Gemeenschap, zonder dat er een officiële Duitse Grondwet bestond.

De Duitse versie van onze Grondwet kan ook zeer grote diensten bewijzen in het buitenland : sommige landen die met dezelfde politiek-juridische problemen kampen als wij (bijvoorbeeld Tsjechoslowakije), zullen maar al te blij zijn dat ze over een Duitse tekst van de Belgische Grondwet kunnen beschikken.

Spreker looft de kwaliteit van de vertaling en merkt op dat de Duitse tekst blijkbaar niet in een aantal euvels vervalft die de Nederlandse vertaling van de Grondwet kenmerken.

Een lid merkt op dat in heel wat landen inderdaad met een zekere bewondering wordt gekeken naar het Belgische federale model. De Duitse versie van de Grondwet zal de bekendheid van onze nieuwe staatsstructuur ongetwijfeld ten goede komen.

Spreker merkt evenwel op dat men in het buitenland niet goed begrijpt waarom niet alleen de Gewesten, maar ook de Gemeenschappen in België aan een grondgebied zijn gekluisterd. In België wordt het « ius sanguinis » dus niet ten volle erkend.

Het positieve imago van de Belgische staatsstructuur in het buitenland wordt volgens het lid geschaad door die dubbelzinnigheid.

De Voorzitter drukt zijn waardering uit voor het werk dat is geleverd door een uitgelezen groep deskundigen. Hij merkt op dat de Duitse tekst van de Grondwet — uit een historisch oogpunt — veel minder lang op zich heeft laten wachten dan de Nederlandse vertaling. Tussen het ogenblik waarop het betrokken gebied is deel gaan uitmaken van België, en vandaag liggen immers « slechts » ongeveer 70 jaar.

Een lid vraagt zich af of de goedkeuring van de voorstellen van de Regering en de daaruit voortvloeiende constitutionalisering van de Duitse tekst van de Grondwet tot gevolg zullen hebben dat Duitstaligen voortaan in het Duits een vordering tot schor-

pension ou en annulation contre des lois, des décrets ou des ordonnances. La Cour d'arbitrage est-elle préparée à faire face à cette situation ?

Le Secrétaire d'Etat aux Réformes institutionnelles déclare que la réponse à cette question se trouve dans la loi spéciale du 6 janvier 1989 sur la Cour d'arbitrage. L'article 62 de cette loi prévoit en effet que les affaires sont introduites devant la Cour d'arbitrage en français, en néerlandais ou en allemand.

L'article 64 de la même loi prévoit quant à lui que « les interventions orales à l'audience ont lieu en français, en néerlandais ou en allemand; elles font l'objet d'une traduction simultanée ».

L'article 65, qui est un peu plus nuancé, est enfin libellé comme suit :

« Les arrêts de la Cour sont rédigés et prononcés en français et en néerlandais. Ils sont publiés au *Moniteur belge* de la manière prévue à l'article 114, avec une traduction en allemand.

Toutefois, les arrêts sont rédigés, prononcés et publiés en français, en néerlandais et en allemand :

1° s'il s'agit d'arrêts rendus sur recours en annulation;

2° si l'affaire est introduite en allemand. »

L'existence d'un texte officiel allemand de la Constitution ne modifie donc en rien la situation existante.

*
* *

Sur la proposition du *président*, proposition à laquelle se rallient *plusieurs membres* ainsi que le *Secrétaire d'Etat aux Réformes institutionnelles*, la Commission décide que le rapport de la présente séance sera également imprimé en allemand pour autant qu'il n'en résulte aucun retard pour l'adoption des propositions.

La Commission tient toutefois à préciser expressément que cette publication d'un rapport de commission trilingue *constitue une exception qui n'a pas valeur de précédent*.

*
* *

Le Secrétaire d'Etat aux Réformes institutionnelles fait observer que l'existence d'une version officielle allemande de la Constitution implique que les futures modifications de la Constitution entraîneront également une modification du texte allemand.

La Commission partage ce point de vue : toute modification de la Constitution doit désormais donner lieu à la publication d'un texte allemand en plus des textes néerlandais et français dans les documents des travaux parlementaires préparatoires et au *Moniteur belge*.

Un membre suggère de prévoir dans le Règlement de la Chambre une disposition précisant la manière

sing of vernietiging kunnen instellen tegen wetten, decreten of ordonnances. Is het Arbitraghof daarop wel voorzien ?

De Staatssecretaris voor Institutionele Hervormingen stelt dat het antwoord op die vraag te vinden is in de bijzondere wet van 6 januari 1989 op het Arbitraghof. Artikel 62 van die wet bepaalt immers dat de zaken bij het Arbitraghof worden ingediend in het Nederlands, het Frans of het Duits.

Artikel 64 van diezelfde wet bepaalt : « De mondelinge verklaringen ter terechtzitting geschieden in het Nederlands, het Frans of het Duits, met simultaanvertaling ».

Artikel 65, dat iets genuanceerder is, luidt tenslotte als volgt :

« De arresten van het Hof worden in het Nederlands en in het Frans gesteld en uitgesproken. Zij worden in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt op de wijze bepaald in artikel 114, met een vertaling in het Duits.

De arresten worden echter in het Nederlands, het Frans en het Duits gesteld, uitgesproken en bekendgemaakt :

1° als het gaat om arresten, gewezen op beroepen tot vernietiging;

2° als de zaak in het Duits is ingediend. »

Het bestaan van een officiële Duitse tekst van de Grondwet verandert dus niets aan de bestaande toestand.

*
* *

Op voorstel van *de Voorzitter*, daarin bijgetreden door *diverse leden* en door *de Staatssecretaris voor Institutionele Hervormingen*, beslist de Commissie dat het verslag van deze bespreking ook in het Duits zal worden gedrukt, mits zulks niet leidt tot enige vertraging bij de goedkeuring van de voorstellen.

De Commissie wenst echter duidelijk te stellen dat dit drietalige Commissieverslag *een uitzondering is, die geen precedentwaarde heeft*.

*
* *

De Staatssecretaris voor Institutionele Hervormingen merkt op dat het bestaan van een officiële Duitse versie van de Grondwet impliceert dat bij toekomstige Grondwetswijzigingen ook in een wijziging van de Duitse tekst wordt voorzien.

De Commissie deelt dat standpunt : voortaan moet bij elke Grondwetswijziging samen met de Nederlandse en Franse tekst een Duitse tekst worden gepubliceerd in de parlementaire voorbereiding en in het *Belgisch Staatsblad*.

Een lid suggereert dat in het Reglement van de Kamer kan worden bepaald hoe de drie teksten moe-

dont les trois textes devront être présentés (par exemple, en trois colonnes ...)

Le Secrétaire d'Etat aux Réformes institutionnelles ajoute que le cabinet de l'Intérieur met actuellement la dernière main à un arrêté royal fixant les tarifs qui doivent être appliqués pour les traductions lorsqu'il est fait appel aux services du commissaire d'arrondissement de Malmédy. A la suite des récentes modifications de la loi relative à la Communauté germanophone, la Commission pour la terminologie juridique allemande ne devra plus assurer les traductions vers l'allemand, cette mission étant désormais confiée aux services du commissaire d'arrondissement. Ce sont ces services qui assureront désormais la continuité des traductions vers l'allemand.

*
* *

Le Président fait observer qu'un problème pratique se pose en ce qui concerne le vote sur le texte allemand de la Constitution. Le Ministre de l'Intérieur a en effet fait observer en transmettant la proposition qu'il est souhaitable d'attendre que les modifications des articles 60, 61 et 137 aient été publiées au *Moniteur belge* avant d'adopter le texte allemand à l'examen, sans quoi celui-ci, qui reprend déjà les modifications, risquerait d'« anticiper » sur les versions française et néerlandaise.

La commission ne comprend pas pourquoi il faut attendre la publication au *Moniteur belge*. S'il est vrai que cette publication est nécessaire afin que les articles en question soient obligatoires à l'égard des tiers, il n'empêche que ces articles existent dès qu'ils ont été sanctionnés et promulgués par le Roi.

L'abrogation de l'article 137 de la Constitution a été adoptée par le Sénat et par la commission de la Chambre et le sera très prochainement par la séance plénière de la Chambre. Etant donné qu'il s'agit de l'abrogation d'un article de la Constitution devenu sans objet, et étant donné la proximité des vacances, la Commission décide de voter dès à présent sur les propositions du Gouvernement, même si, d'un point de vue purement formel, elle anticipe ainsi quelque peu sur la modification de l'article 137 de la Constitution.

*
* *

La proposition du Gouvernement de révision de l'article 140 de la Constitution (Doc. n° 10/140 - 1665/1) est adoptée à l'unanimité des 16 membres présents.

ten worden voorgesteld (bijvoorbeeld in drie kolommen ...)

De Staatssecretaris voor Institutionele Hervormingen voegt eraan toe dat momenteel op het kabinet van Binnenlandse Zaken een koninklijk besluit in voorbereiding is, dat de tarieven voor vertalingen vaststelt welke gehanteerd moeten worden wanneer een beroep wordt gedaan op de diensten van de arrondissementscommissaris in Malmédy. Ingevolge de recente wijzigingen van de wet betreffende de Duitstalige Gemeenschap, moet de Commissie voor de Terminologie immers niet langer instaan voor vertaalwerk naar het Duits, en wordt die taak nu waargenomen door de diensten van de arrondissementscommissaris. Het zijn die diensten die in de toekomst zullen borg staan voor de continuïteit inzake vertalingen naar het Duits.

*
* *

De Voorzitter merkt op dat er een praktisch probleem rijst met betrekking tot de stemming over de Duitse tekst van de Grondwet. De Minister van Binnenlandse Zaken heeft er bij de overzending van het voorstel immers op gewezen dat het raadzaam is, te wachten tot de wijzigingen van de artikelen 60, 61 en 137 van de Grondwet gepubliceerd zijn in het *Belgisch Staatsblad*, alvorens de voorliggende Duitse tekst goed te keuren. Zo niet dreigt de Duitse tekst waarin die wijzigingen reeds zijn opgenomen « vooruit te lopen » op de Franse en de Nederlandse versies.

De Commissie ziet niet in waarom op de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* moet worden gewacht. Die bekendmaking is weliswaar noodzakelijk opdat de bewuste artikelen voor derden verbindend zouden zijn, maar dat belet niet dat die artikelen bestaan vanaf hun bekrachtiging en afkondiging door de Koning.

De opheffing van artikel 137 van de Grondwet is door de Senaat en door de Kamercommissie aangenomen en zal eerstdaags door de plenaire vergadering van de Kamer worden goedgekeurd. Rekening houdend met het feit dat het gaat om de opheffing van een zinloos geworden Grondwetsartikel, en met het feit dat het reces met rasse schreden nadert, besluit de Commissie nu reeds te stemmen over de voorstellen van de Regering, ook al loopt ze aldus uit een louter formeel oogpunt enigszins vooruit op de wijziging van artikel 137 van de Grondwet.

*
* *

Het voorstel van de Regering tot herziening van artikel 140 van de Grondwet (Stuk n° 10/140 - 1665/1) wordt met eenparigheid van stemmen aangenomen door de 16 aanwezige leden.

La proposition du Gouvernement portant le texte allemand de la Constitution (Doc. n° 10/140 - 1666/1) est adoptée à l'unanimité des 16 membres présents.

Le texte allemand, dont la Commission a éliminé les coquilles, figure ci-après.

Par suite de ces votes, la proposition de M. Gehlen de révision de l'article 140 de la Constitution (Doc. n° 10/140 - 1558/1) devient sans objet.

Le Rapporteur,

A. GEHLEN

Le Président,

Ch.-F. NOTHOMB

**TEXTE ADOPTE
PAR LA COMMISSION**

Article unique

L'article 140 de la Constitution est remplacé par la disposition suivante :

« Art. 140. — Le texte de la Constitution est établi en français, en néerlandais et en allemand. »

Het voorstel van de Regering houdende de Duitse tekst van de Grondwet (Stuk n° 10/140 - 1666/1) wordt met eenparigheid van stemmen aangenomen door de 16 aanwezige leden.

De door de Commissie van zetfouten gezuiverde Duitse tekst wordt hieronder afgedrukt.

Ingevolge die stemmingen vervalt het voorstel van de heer Gehlen tot herziening van artikel 140 van de Grondwet (Stuk n° 10/140 - 1558/1).

De Rapporteur,

A. GEHLEN

De Voorzitter,

Ch.-F. NOTHOMB

**TEKST AANGENOMEN
DOOR DE COMMISSIE**

Enig artikel

Artikel 140 van de Grondwet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Art. 140. — De tekst van de Grondwet is in het Nederlands, in het Frans en in het Duits gesteld. »

**VOM AUSSCHUSS
ANGENOMMENER TEXT
TEXTE ADOPTE PAR
LA COMMISSION
TEKST AANGENOMEN DOOR
DE COMMISSIE**

DIE VERFASSUNG BELGIENS

TITEL I

Das Staatsgebiet und seine Einteilung

Artikel 1

Belgien ist in Provinzen eingeteilt.

Diese Provinzen sind : Antwerpen, Brabant, Hennegau, Limburg, Lüttich, Luxemburg, Namur, Ostflandern, Westflandern.

Das Gesetz kann erforderlichenfalls das Staatsgebiet in eine größere Anzahl Provinzen einteilen.

Ein Gesetz kann bestimmte Gebiete, deren Grenzen es festlegt, der Einteilung in Provinzen entziehen, sie der ausführenden Gewalt unmittelbar unterstellen und ihnen einen eigenen Status zuerkennen.

Dieses Gesetz kann nur mit Stimmenmehrheit in jeder Sprachgruppe einer jeden Kammer angenommen werden, vorausgesetzt, daß die Mehrheit der Mitglieder jeder Gruppe versammelt ist, und insofern die Gesamtzahl der Jastimmen aus beiden Sprachgruppen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erreicht.

Art. 2

Die Unterteilungen der Provinzen können nur durch Gesetz festgelegt werden.

Art. 3

Die Grenzen des Staates, der Provinzen und der Gemeinden können nur aufgrund eines Gesetzes abgeändert oder berichtigt werden.

Art. 3bis

Belgien umfaßt vier Sprachgebiete : das deutsche Sprachgebiet, das französische Sprachgebiet, das niederländische Sprachgebiet und das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt.

Jede Gemeinde des Königreichs gehört einem dieser Sprachgebiete an.

Die Grenzen der vier Gebiete können nur durch ein mit Stimmenmehrheit in jeder Sprachgruppe einer jeden Kammer angenommenes Gesetz abgeändert oder berichtigt werden, vorausgesetzt, daß die Mehrheit der Mitglieder jeder Gruppe versammelt ist, und insofern die Gesamtzahl der Jastimmen aus beiden Sprachgruppen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erreicht.

TITEL IBIS

Die Gemeinschaften

Art. 3ter

Belgien umfaßt drei Gemeinschaften : die deutschsprachige Gemeinschaft, die flämische Gemeinschaft und die französische Gemeinschaft.

Jede Gemeinschaft hat die Befugnisse, die ihr die Verfassung oder die aufgrund der Verfassung ergangenen Gesetze zuerkennen.

TITEL II

Die Belgier und ihre Rechte

Art. 4

Erwerb, Fortbestand und Verlust der belgischen Staatsangehörigkeit werden durch das Zivilgesetz geregelt.

Die vorliegende Verfassung und die sonstigen Gesetze über die politischen Rechte bestimmen, welche Voraussetzungen neben der belgischen Staatsangehörigkeit für die Ausübung dieser Rechte zu erfüllen sind.

Art. 5

Die Einbürgerung wird von der gesetzgebenden Gewalt verliehen.

Art. 6

Es gibt im Staat keine Unterscheidung nach Ständen.

Die Belgier sind vor dem Gesetz gleich; nur sie können zur Bekleidung der zivilen und militärischen Ämter zugelassen werden, vorbehaltlich der Ausnahmen, die für Sonderfälle durch ein Gesetz festgelegt werden können.

Art. 6bis

Der Genuß der den Belgiern zuerkannten Rechte und Freiheiten muß ohne Diskriminierung gesichert werden. Zu diesem Zweck gewährleisten das Gesetz und das Dekret insbesondere die Rechte und Freiheiten der ideologischen und philosophischen Minderheiten.

Art. 7

Die Freiheit der Person ist gewährleistet.

Niemand darf verfolgt werden, es sei denn in den durch Gesetz bestimmten Fällen und in der dort vorgeschriebenen Form.

Außer bei Entdeckung auf frischer Tat darf jemand nur festgenommen werden aufgrund einer mit Gründen versehenen richterlichen Anordnung, die bei der Festnahme oder spätestens binnen vierundzwanzig Stunden zugestellt werden muß.

Art. 8

Niemand darf gegen seinen Willen seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Art. 9

Eine Strafe darf nur aufgrund des Gesetzes eingeführt oder angewandt werden.

Art. 10

Die Wohnung ist unverletzlich; eine Haussuchung darf nur in den durch Gesetz bestimmten Fällen und in der dort vorgeschriebenen Form vorgenommen werden.

Art. 11

Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn zum Nutzen der Allgemeinheit, in den Fällen und in der Weise, die das Gesetz bestimmt, und gegen gerechte und vorherige Entschädigung.

Art. 12

Die Strafe der Vermögenskonfiskation darf nicht eingeführt werden.

Art. 13

Der bürgerliche Tod ist abgeschafft; er darf nicht wieder eingeführt werden.

Art. 14

Die Freiheit der Kulte, diejenige ihrer öffentlichen Ausübung sowie die Freiheit, zu allem seine Ansichten kundzutun, werden gewährleistet, unbeschadet der Ahndung der bei der Ausübung dieser Freiheiten begangenen Delikte.

Art. 15

Niemand darf gezwungen werden, in irgendeiner Weise an Handlungen und Feierlichkeiten eines Kultes teilzunehmen oder dessen Ruhetage einzuhalten.

Art. 16

Der Staat hat nicht das Recht, in die Ernennung oder Einsetzung der Diener irgendeines Kultes einzugreifen oder ihnen zu verbieten, mit ihrer Obrigkeit zu korrespondieren und deren Akte zu veröffentlichen, unbeschadet, in letztgenanntem Fall, der gewöhnlichen Verantwortlichkeit im Bereich der Presse und der Veröffentlichungen.

Die zivile Eheschließung muß stets der Einsegnung der Ehe vorangehen, vorbehaltlich der erforderlichenfalls durch Gesetz festzulegenden Ausnahmen.

Art. 17

§ 1. Das Unterrichtswesen ist frei; jede präventive Maßnahme ist verboten; die Ahndung der Delikte wird nur durch Gesetz oder Dekret geregelt.

Die Gemeinschaft gewährleistet die Wahlfreiheit der Eltern.

Die Gemeinschaft organisiert ein Unterrichtswesen, das neutral ist. Die Neutralität beinhaltet insbesondere die Achtung der philosophischen, ideologischen oder religiösen Auffassungen der Eltern und Schüler.

Die von den öffentlichen Behörden organisierten Schulen bieten bis zum Ende der Schulpflicht die Wahl zwischen dem Unterricht in einer der anerkannten Religionen und demjenigen in nichtkonfessioneller Sittenlehre.

§ 2. Wenn eine Gemeinschaft als Organisationsträger einem oder mehreren autonomen Organen Befugnisse übertragen will, kann dies nur durch ein mit Zweidrittelmehrheit angenommenes Dekret erfolgen.

§ 3. Jeder hat ein Recht auf Unterricht unter Berücksichtigung der Grundfreiheiten und -rechte. Der Zugang zum Unterricht ist unentgeltlich bis zum Ende der Schulpflicht.

Alle schulpflichtigen Schüler haben zu Lasten der Gemeinschaft ein Recht auf eine moralische oder religiöse Erziehung.

§ 4. Alle Schüler oder Studenten, Eltern, Personalmitglieder und Unterrichtsanstalten sind vor dem Gesetz oder dem Dekret gleich. Das Gesetz und das Dekret berücksichtigen die objektiven Unterschiede, insbesondere die jedem Organisationsträger eigenen Merkmale, die eine angepaßte Behandlung rechtfertigen.

§ 5. Die Organisation, die Anerkennung oder die Bezuschussung des Unterrichtswesens durch die Gemeinschaft werden durch Gesetz oder Dekret geregelt.

Übergangsbestimmung :

Artikel 17 tritt am selben Tag in Kraft wie das in Artikel 59bis § 6 Absatz 1 erwähnte Gesetz.

Für die Anwendung von Artikel 17 § 2 können die Gemeinschaftsräte ab der Veröffentlichung von Artikel 59bis § 2 Absatz 1 Nr. 2 Dekrete annehmen, die am selben Tag in Kraft treten wie das in Artikel 59bis § 6 Absatz 1 erwähnte Gesetz.

Art. 18

Die Presse ist frei; die Zensur darf nie eingeführt werden; von den Autoren, Verlegern oder Druckern darf keine Sicherheitsleistung verlangt werden.

Wenn der Autor bekannt ist und seinen Wohnsitz in Belgien hat, darf der Verleger, Drucker oder Verteiler nicht verfolgt werden.

Art. 19

Die Belgier haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, unter Beachtung der Gesetze, wie die Ausübung dieses Rechts regeln können, ohne diese indessen einer vorherigen Genehmigung zu unterwerfen.

Diese Bestimmung ist nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel anwendbar, die gänzlich den Polizeigesetzen unterworfen bleiben.

Art. 20

Die Belgier haben das Recht, Vereinigungen zu bilden; dieses Recht darf keiner präventiven Maßnahme unterworfen werden.

Art. 21

Jeder hat das Recht, Petitionen, die von einer oder mehreren Personen unterzeichnet sind, an die öffentlichen Behörden zu richten.

Nur die konstituierten Behörden haben das Recht, Petitionen unter einem Gesamtnamen einzureichen.

Art. 22

Das Briefgeheimnis ist unverletzlich.

Das Gesetz bestimmt, welche Bediensteten für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind.

Art. 23

Der Gebrauch der in Belgien gesprochenen Sprachen ist frei; er darf nur durch Gesetz und allein für Handlungen der öffentlichen Gewalt und für Gerichtsangelegenheiten geregelt werden.

Art. 24

Es bedarf keiner vorherigen Genehmigung, um Beamte wegen ihrer Amtshandlungen zu verfolgen, vorbehaltlich der die Minister betreffenden Bestimmungen.

TITEL III

Die Gewalten

Art. 25

Alle Gewalten gehen von der Nation aus.

Sie werden in der durch die Verfassung bestimmten Weise ausgeübt.

Art. 25bis

Die Ausübung bestimmter Gewalten kann völkerrechtlichen Einrichtungen durch einen Vertrag oder ein Gesetz übertragen werden.

Art. 26

Die gesetzgebende Gewalt wird vom König, von der Abgeordnetenkommission und vom Senat gemeinsam ausgeübt.

Art. 26bis

Die in Ausführung von Artikel 107^{quater} ergangenen Gesetze bestimmen die Rechtskraft der Regeln, die die von ihnen geschaffenen Organe in den Angelegenheiten erlassen, die sie bezeichnen.

Sie können diesen Organen die Zuständigkeit zuerkennen, Dekrete mit Gesetzeskraft innerhalb des von ihnen bestimmten Bereichs und gemäß der von ihnen bestimmten Weise zu erlassen.

Art. 27

Die drei Zweige der gesetzgebenden Gewalt haben das Initiativrecht.

Art. 28

Die authentische Interpretation der Gesetze ist allein Sache des Gesetzes.

Die authentische Interpretation der Dekrete ist allein Sache des Dekretes.

Art. 29

Die ausführende Gewalt, so wie sie durch die Verfassung geregelt wird, liegt beim König.

Art. 30

Die rechtsprechende Gewalt wird von den Gerichtshöfen und Gerichten ausgeübt.

Die Entscheide und Urteile werden im Namen des Königs vollstreckt.

Art. 31

Die ausschließlich kommunalen oder provinziellen Belange werden von den Gemeinde- oder Provinzialräten gemäß den durch die Verfassung festgelegten Grundsätzen geregelt.

KAPITEL 1

Die Kammern

Art. 32

Die Mitglieder der beiden Kammern vertreten die Nation und nicht allein die Provinz oder die Provinzunterteilung, von der sie bestimmt worden sind.

Art. 32bis

Für die in der Verfassung bestimmten Fälle werden die gewählten Mitglieder jeder Kammer in der durch Gesetz festgelegten Weise in eine französische und eine niederländische Sprachgruppe aufgeteilt.

Art. 33

Die Sitzungen der Kammern sind öffentlich. Jede Kammer schließt jedoch auf Antrag ihres Präsidenten oder von zehn ihrer Mitglieder die Öffentlichkeit aus.

Anschließend entscheidet sie mit absoluter Mehrheit, ob die Sitzung zur Behandlung desselben Gegenstandes öffentlich fortgeführt werden soll.

Art. 34

Jede Kammer prüft die Mandate ihrer Mitglieder und entscheidet über die diesbezüglich auftretenden Streitigkeiten.

Art. 35

Niemand darf gleichzeitig Mitglied beider Kammern sein.

Art. 36

Das Mitglied einer der beiden Kammern, das von der Regierung in ein anderes besoldetes Amt als das eines Ministers ernannt wird und dieses annimmt, verliert unmittelbar seinen Sitz und kann diesen nur aufgrund einer Neuwahl wiedererlangen.

Art. 37

Für jede Sitzungsperiode ernennt jede Kammer ihren Präsidenten und ihre Vizepräsidenten und stellt ihr Präsidium zusammen.

Art. 38

Jeder Beschluß wird mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt, vorbehaltlich dessen, was durch die Geschäftsordnung der Kammern in bezug auf Wahlen und Wahlvorschläge bestimmt wird.

Bei Stimmengleichheit ist der behandelte Vorschlag abgelehnt.

Keine der beiden Kammern ist beschlußfähig, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

Art. 38bis

Außer bei Haushaltsplänen sowie bei Gesetzen, die eine besondere Mehrheit erfordern, kann eine von mindestens drei Vierteln der Mitglieder einer der Sprachgruppen unterzeichnete sowie nach Hinterlegung des Berichts und vor der Schlußabstimmung in öffentlicher Sitzung eingereichte mit Grün-

den versehene Motion erklären, daß die von ihr bezeichneten Bestimmungen eines Gesetzentwurfes oder Gesetzesvorschlages die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften ernstlich gefährden können.

In diesem Fall wird das parlamentarische Verfahren ausgesetzt und die Motion an den Ministerrat verwiesen, der binnen dreißig Tagen seine mit Gründen versehene Stellungnahme dazu abgibt und die betreffende Kammer auffordert, entweder über diese Stellungnahme oder über den gegebenenfalls mit einem Abänderungsantrag versehenen Entwurf oder Vorschlag zu befinden.

Dieses Verfahren darf von den Mitgliedern einer Sprachgruppe nur einmal in bezug auf denselben Gesetzentwurf oder Gesetzesvorschlag angewandt werden.

Art. 39

Die Abstimmungen erfolgen durch Sitzenbleiben und Aufstehen oder namentlich; über die Gesetze als Ganzes wird immer namentlich abgestimmt. Wahlen und Wahlvorschläge erfolgen in geheimer Abstimmung.

Art. 40

Jede Kammer hat das Untersuchungsrecht.

Art. 41

Ein Gesetzentwurf kann von einer der Kammern erst angenommen werden, nachdem über jeden einzelnen Artikel abgestimmt worden ist.

Art. 42

Die Kammern haben das Recht, die Artikel und die eingebrachten Abänderungsanträge zu ändern und aufzuteilen.

Art. 43

Es ist verboten, den Kammern Petitionen persönlich zu unterbreiten.

Jede Kammer hat das Recht, die an sie gerichteten Petitionen an die Minister zu verweisen. Die Minister sind verpflichtet, zu deren Inhalt Erläuterungen zu geben, sooft die Kammer dies verlangt.

Art. 44

Ein Mitglied einer der beiden Kammern darf nicht anlässlich einer in Ausübung seines Amtes erfolgten

Meinungsäußerung oder Stimmabgabe verfolgt oder Gegenstand irgendeiner Ermittlung werden.

Art. 45

Ein Mitglied einer der beiden Kammern darf während der Sitzungsperiode nur mit Genehmigung der Kammer, der es angehört, in Strafsachen verfolgt oder festgenommen werden, außer bei Entdeckung auf frischer Tat.

Ein Mitglied einer der beiden Kammern darf während der Sitzungsperiode nur mit der gleichen Genehmigung in Personalhaft genommen werden.

Die Haft oder die Verfolgung eines Mitgliedes einer der beiden Kammern wird während der Sitzungsperiode und für deren ganze Dauer ausgesetzt, wenn die Kammer dies verlangt.

Art. 46

Jede Kammer bestimmt in ihrer Geschäftsordnung die Weise, in der sie ihre Befugnisse ausübt.

Abschnitt I

Die Abgeordnetenkammer

Art. 47

Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer werden unmittelbar von den Bürgern gewählt, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und sich nicht in einem der durch Gesetz bestimmten Ausschließungsfälle befinden.

Jeder Wähler hat nur ein Recht auf eine Stimme.

Art. 48

Die Zusammenstellung der Wahlkollegien wird durch Gesetz geregelt.

Die Wahlen erfolgen nach dem durch Gesetz festgelegten System der verhältnismäßigen Vertretung.

Die Stimmabgabe ist obligatorisch und geheim. Sie findet in der Gemeinde statt, vorbehaltlich der durch Gesetz festzulegenden Ausnahmen.

Art. 49

§ 1. Die Abgeordnetenkammer zählt 212 Mitglieder.

§ 2. Die Anzahl Sitze eines jeden Wahlbezirks entspricht dem Ergebnis der Teilung der Bevölkerungszahl des Bezirks durch den nationalen Divisor, der sich aus der Teilung der Bevölkerungszahl des Königreiches durch 212 ergibt.

Die verbleibenden Sitze entfallen auf die Bezirke mit dem größten noch nicht vertretenen Bevölkerungsüberschuß.

§ 3. Die Aufteilung der Mitglieder der Abgeordnetenkammer nach Bezirken wird vom König im Verhältnis zur Bevölkerungszahl bestimmt.

Zu diesem Zweck wird alle zehn Jahre eine Volkszählung durchgeführt, deren Ergebnisse der König innerhalb einer Frist von sechs Monaten veröffentlicht.

Binnen drei Monaten nach dieser Veröffentlichung bestimmt der König die Anzahl Sitze, die auf jeden Bezirk entfallen.

Die neue Aufteilung wird ab den nächstfolgenden allgemeinen Wahlen angewandt.

§ 4. Das Gesetz bestimmt die Wahlbezirke; es bestimmt ebenfalls die Bedingungen, denen die Wahlberechtigung unterliegt, sowie den Verlauf der Wahlverrichtungen.

Art. 50

Wählbar ist, wer

1. Belgier ist,
2. die zivilen und politischen Rechte besitzt,
3. das 21. Lebensjahr vollendet hat und
4. seinen Wohnsitz in Belgien hat.

Es darf keine andere Wählbarkeitsbedingung auferlegt werden.

Art. 51

Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer werden auf vier Jahre gewählt;

Die Kammer wird alle vier Jahre erneuert.

Art. 52

Jedes Mitglied der Abgeordnetenkammer bezieht eine jährliche Entschädigung von 12 000 Franken.

Es hat ferner ein Recht auf freie Fahrt auf allen vom Staat betriebenen oder konzessionierten Verkehrsverbindungen.

Das Gesetz bestimmt, welche Beförderungsmittel die Abgeordneten außer den vorstehend genannten Verbindungen unentgeltlich benutzen dürfen.

Dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer kann eine jährliche Entschädigung zuerkannt werden, die auf die zur Deckung der Ausgaben dieser Versammlung bestimmte Dotation angerechnet wird.

Die Kammer bestimmt den Betrag, der von der Entschädigung einbehalten werden darf als Beitrag zugunsten der Renten- oder Pensionskassen, deren Errichtung sie für angebracht hält.

Abschnitt II

Der Senat

Art. 53

Der Senat setzt sich zusammen :

1. aus Mitgliedern, die gemäß Artikel 47 entsprechend der Bevölkerungszahl jeder Provinz gewählt werden. Die Bestimmungen des Artikels 48 sind entsprechend anwendbar auf die Wahl dieser Senatoren;

2. aus Mitgliedern, die von den Provinzialräten im Verhältnis von einem Senator auf 200 000 Einwohner gewählt werden. Jeder Überschuß von mindestens 125 000 Einwohnern gibt Anrecht auf einen weiteren Senator. Jedoch bestimmt jeder Provinzialrat mindestens drei Senatoren;

3. aus Mitgliedern, die vom Senat gewählt werden entsprechend der Hälfte der Zahl der von den Provinzialräten gewählten Senatoren. Ist diese Zahl ungerade, so wird sie um eine Einheit erhöht.

Diese Mitglieder werden von den in Anwendung der Nummern 1 und 2 dieses Artikels gewählten Senatoren bestimmt.

Die Wahl der in Anwendung der Nummern 2 und 3 zu wählenden Senatoren erfolgt nach dem durch Gesetz festgelegten System der verhältnismäßigen Vertretung.

Art. 54

Die Zahl der unmittelbar von der Wählerschaft gewählten Senatoren entspricht der Hälfte der Mitgliederzahl der Abgeordnetenkammer.

Art. 55

Die Senatoren werden auf vier Jahre gewählt. Der Senat wird alle vier Jahre vollständig erneuert.

Art. 56

Zum Senator gewählt werden kann, wer

1. Belgier ist,
2. die zivilen und politischen Rechte besitzt,
3. seinen Wohnsitz in Belgien hat und
4. mindestens 40 Jahre alt ist.

Art. 56bis (...)

Art. 56ter

Die von den Provinzialräten gewählten Senatoren dürfen der Versammlung, die sie wählt, nicht ange-

hören noch ihr während der zwei Jahre angehört haben, die dem Tag ihrer Wahl vorausgehen.

Art. 56^{quater}

Im Falle der Auflösung des Senats kann der König die Provinzialräte auflösen.

Der Auflösungsbeschluß enthält die Einberufung der Provinzialratswähler binnen vierzig Tagen und die der Provinzialräte binnen zwei Monaten.

Art. 57

Die Senatoren beziehen kein Gehalt.

Sie haben jedoch das Recht, für ihre Unkosten entschädigt zu werden; diese Entschädigung ist auf 4 000 Franken pro Jahr festgelegt.

Sie haben ferner ein Recht auf freie Fahrt auf allen vom Staat betriebenen oder konzessionierten Verkehrsverbindungen.

Das Gesetz bestimmt, welche Beförderungsmittel sie außer den vorstehend genannten Verbindungen unentgeltlich benutzen dürfen.

Art. 58

Die Söhne des Königs oder in deren Ermangelung die belgischen Prinzen des zur Herrschaft berufenen Zweiges der königlichen Familie sind von Rechts wegen mit achtzehn Jahren Senator. Sie sind erst mit fünfundzwanzig Jahren stimmberechtigt.

Art. 59

Jede Versammlung des Senats, die außerhalb der Sitzungsperiode der Abgeordnetenkammer stattfindet, ist von Rechts wegen ungültig.

Abschnitt III

Die Gemeinschaftsräte

Art. 59^{bis}

§ 1. Es gibt einen Rat und eine Exekutive der flämischen Gemeinschaft und einen Rat und eine Exekutive der französischen Gemeinschaft, deren Zusammensetzung und Arbeitsweise durch Gesetz bestimmt werden. Die Räte setzen sich aus gewählten Vertretern zusammen.

Im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 107^{quater} können der Rat der französischen Gemeinschaft und der Rat der flämischen Gemeinschaft sowie deren Exekutiven die Befugnisse der wallonischen Region beziehungsweise der flämi-

schen Region gemäß den durch Gesetz festgelegten Bedingungen und Modalitäten ausüben.

Die in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Gesetze müssen mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen werden.

§ 2. Die Gemeinschaftsräte regeln durch Dekret, jeder für seinen Bereich :

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. das Unterrichtswesen mit Ausnahme
 - a) der Festlegung von Beginn und Ende der Schulpflicht;
 - b) der Mindestbedingungen für die Ausstellung der Diplome;
 - c) der Pensionsregelungen;
3. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1 und 2 des vorliegenden Paragraphen erwähnten Angelegenheiten.

Ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, legt die unter Nummer 1 erwähnten kulturellen Angelegenheiten, die unter Nummer 3 erwähnten Formen der Zusammenarbeit sowie die näheren Regeln für den unter Nummer 3 des vorliegenden Paragraphen erwähnten Abschluß von Verträgen fest.

§ 2^{bis}. Die Gemeinschaftsräte regeln durch Dekret, jeder für seinen Bereich, die personenbezogenen Angelegenheiten sowie in diesen Angelegenheiten die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften und die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen.

Ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, legt diese personenbezogenen Angelegenheiten sowie die Formen der Zusammenarbeit und die näheren Regeln für den Abschluß von Verträgen fest.

§ 3. Ferner regeln die Gemeinschaftsräte, jeder für seinen Bereich, durch Dekret und unter Ausschluß des Gesetzgebers den Gebrauch der Sprachen für :

1. die Verwaltungsangelegenheiten;
2. den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschußten oder anerkannten Einrichtungen;
3. die sozialen Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und ihrem Personal sowie die durch Gesetz und Verordnungen vorgeschriebenen Handlungen und Dokumente der Unternehmen.

§ 4. Die in Anwendung von § 2 ergangenen Dekrete haben jeweils Gesetzeskraft im französischen Sprachgebiet beziehungsweise im niederländischen Sprachgebiet sowie in bezug auf die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt errichteten Einrichtungen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten als ausschließlich zu der einen oder der anderen Gemeinschaft gehörend zu betrachten sind.

Die in Anwendung von § 3 ergangenen Dekrete haben jeweils Gesetzeskraft im niederländischen

Sprachgebiet beziehungsweise im französischen Sprachgebiet, ausgenommen in bezug auf :

— die an ein anderes Sprachgebiet grenzenden Gemeinden oder Gemeindegruppen, wo das Gesetz den Gebrauch einer anderen Sprache als der des Gebietes, in dem sie gelegen sind, vorschreibt oder zuläßt;

Für diese Gemeinden können die Bestimmungen über den Gebrauch der Sprachen für die in § 3 erwähnten Angelegenheiten nur durch ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, abgeändert werden.

— die Dienststellen, deren Tätigkeit über das Sprachgebiet hinausgeht, in dem sie errichtet sind;
— die durch das Gesetz bezeichneten nationalen und internationalen Einrichtungen, deren Tätigkeit mehr als eine Gemeinschaft betrifft.

§ 4bis. Die in Anwendung von § 2bis ergangenen Dekrete haben jeweils Gesetzeskraft im französischen Sprachgebiet beziehungsweise im niederländischen Sprachgebiet sowie, außer wenn ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, etwas anderes festlegt, in bezug auf die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt errichteten Einrichtungen, die aufgrund ihrer Organisation als ausschließlich zu der einen oder der anderen Gemeinschaft gehörend zu betrachten sind.

Ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, bezeichnet die Behörden, die für das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt die Befugnisse ausüben, die in den in § 2bis erwähnten Angelegenheiten den Gemeinschaften nicht übertragen worden sind.

§ 5. Die Exekutive und die Mitglieder des Rates haben das Initiativrecht.

§ 6. Ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, bestimmt das Finanzierungssystem für die Gemeinschaften.

Die Gemeinschaftsräte regeln durch Dekret, jeder für seinen Bereich, den Verwendungszweck ihrer Einnahmen.

§ 7. Das Gesetz legt die Regeln fest, um jeglicher Diskriminierung aus ideologischen und philosophischen Gründen vorzubeugen.

§ 8. Das Gesetz gestaltet das Verfahren, um den Konflikten zwischen dem Gesetz und dem Dekret sowie zwischen den Dekreten vorzubeugen und sie beizulegen.

Übergangsbestimmung :

Artikel 59bis § 2 Absatz 1 Nummer 2 tritt am selben Tag in Kraft wie das in Artikel 59bis § 6 Absatz 1 erwähnte Gesetz.

Bis zum Inkrafttreten des in Artikel 59bis § 6 Absatz 1 erwähnten Gesetzes findet das Ordentliche Gesetz vom 9. August 1980 zur Reform der Institutionen weiterhin Anwendung, sofern es die Finanzierung der Gemeinschaften betrifft.

Art. 59ter

§ 1. Es gibt einen Rat und eine Exekutive der deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Zusammensetzung und Arbeitsweise durch Gesetz bestimmt werden.

Der Rat setzt sich aus gewählten Vertretern zusammen.

Artikel 45 ist auf die Mitglieder des Rates entsprechend anwendbar.

§ 2. Der Rat regelt durch Dekret :

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den durch Artikel 59bis § 2 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 des vorliegenden Paragraphen erwähnten Angelegenheiten.

Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§ 3. Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Exekutive können der Rat der deutschsprachigen Gemeinschaft und der wallonische Regionalrat in gegenseitigem Einvernehmen und jeder durch Dekret beschließen, daß der Rat und die Exekutive der deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

§ 4. Der Rat und die Exekutive der deutschsprachigen Gemeinschaft üben im Wege von Erlassen und Verordnungen jegliche andere Befugnis aus, die ihnen das Gesetz überträgt.

Artikel 107 ist auf diese Erlasse und Verordnungen entsprechend anwendbar.

§ 5. Die Exekutive und die Mitglieder des Rates haben das Initiativrecht.

§ 6. Ein Gesetz legt das Finanzierungssystem für die deutschsprachige Gemeinschaft fest.

Der Rat regelt den Verwendungszweck der Einnahmen durch Dekret.

§ 7. Das Gesetz legt die Regeln fest, um jeglicher Diskriminierung aus ideologischen und philosophischen Gründen vorzubeugen.

KAPITEL II

Der König und die Minister

Abschnitt I

Der König

Art. 60

Die verfassungsmäßige Gewalt des Königs geht durch Erbfolge in gerader Linie über auf die leibliche und legitime Nachkommenschaft S.M. Leopold, Georg, Christian, Friedrich von Sachsen-Coburg, und zwar nach dem Recht der Erstgeburt.

Der in Absatz 1 erwähnte Nachkomme, der ohne Einverständnis des Königs oder derjenigen heiratet, die bei Fehlen des Königs dessen Gewalt in den von der Verfassung vorgesehenen Fällen ausüben, verwirkt seine Rechte auf die Krone.

Er kann jedoch vom König oder von denjenigen, die bei Fehlen des Königs dessen Gewalt in den von der Verfassung vorgesehenen Fällen ausüben, wieder in seine Rechte eingesetzt werden, doch nur mit der Zustimmung beider Kammern.

Übergangsbestimmung :

Diese Bestimmungen werden zum ersten Mal Anwendung finden auf die Nachkommenschaft S.K.H. Prinz Albert, Felix, Humbert, Theodor, Christian, Eugen, Maria, Prinz von Lüttich, Prinz von Belgien, wobei als vereinbart gilt, daß davon auszugehen ist, daß die Heirat I.K.H. Prinzessin Astrid, Josephine, Charlotte, Fabrizia, Elisabeth, Paola, Maria, Prinzessin von Belgien, mit Lorenz, Erzherzog von Österreich-Este die in Absatz 2 erwähnte Zustimmung erhalten hat.

Bis zu diesem Zeitpunkt kommen folgende Bestimmungen weiterhin zur Anwendung :

Die verfassungsmäßige Gewalt des Königs geht durch Erbfolge in gerader Linie über auf die leibliche und legitime Nachkommenschaft S.M. Leopold, Georg, Christian, Friedrich von Sachsen-Coburg, und zwar in männlicher Linie, nach dem Recht der Erstgeburt und unter immerwährendem Ausschluß der Frauen und ihrer Nachkommenschaft.

Der Prinz, der ohne Einverständnis des Königs oder derjenigen heiratet, die bei Fehlen des Königs dessen Gewalt in den von der Verfassung vorgesehenen Fällen ausüben, verwirkt seine Rechte auf die Krone.

Er kann jedoch vom König oder von denjenigen, die bei Fehlen des Königs dessen Gewalt in den von der Verfassung vorgesehenen Fällen ausüben, wieder in seine Rechte eingesetzt werden, doch nur mit der Zustimmung beider Kammern.

Art. 61

In Ermangelung einer Nachkommenschaft S.M. Leopold, Georg, Christian, Friedrich von Sachsen-Coburg kann der König seinen Nachfolger ernennen, insofern die Kammern ihre Zustimmung in der im nachstehenden Artikel vorgeschriebenen Weise erteilen.

Wenn kein Nachfolger ernannt worden ist, wird der Thron vakant.

Art. 62

Der König darf nur mit der Zustimmung der beiden Kammern gleichzeitig Oberhaupt eines anderen Staates sein.

Keine der beiden Kammern kann hierüber beraten, wenn nicht mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind, und der Beschluß ist nur dann angenommen, wenn er mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Art. 63

Die Person des Königs ist unverletzlich; seine Minister sind verantwortlich.

Art. 64

Ein Akt des Königs kann nur wirksam werden, wenn er von einem Minister gegengezeichnet ist, der schon allein dadurch die Verantwortung dafür übernimmt.

Art. 65

Der König ernennt und entläßt seine Minister.

Art. 66

Er verleiht die Dienstgrade in der Armee.

Er ernennt die Beamten der allgemeinen Verwaltung und der auswärtigen Beziehungen, vorbehaltlich der durch die Gesetze festgelegten Ausnahmen.

Er ernennt andere Beamte nur aufgrund einer ausdrücklichen Gesetzesbestimmung.

Art. 67

Er erläßt die zur Ausführung der Gesetze notwendigen Verordnungen und Erlasse, ohne jemals die Gesetze selbst aussetzen noch von ihrer Ausführung entbinden zu dürfen.

Art. 68

Der König befehligt die Land- und Seestreitkräfte, erklärt den Krieg und schließt die Friedens-, Bündnis- und Handelsverträge. Er setzt die Kammern davon in Kenntnis, sobald das Interesse und die Sicherheit des Staates es erlauben, und fügt die angemessenen Mitteilungen hinzu.

Die Handelsverträge und die Verträge, die dem Staat Lasten auferlegen oder belgische Staatsbürger persönlich verpflichten könnten, werden erst wirksam, nachdem sie die Zustimmung der Kammern erhalten haben.

Eine Gebietsabtretung, ein Gebietsaustausch und eine Gebietserweiterung dürfen nur aufgrund eines Gesetzes erfolgen. Auf keinen Fall dürfen die geheimen Artikel eines Vertrages die offenen Artikel aufheben.

Art. 69

Der König sanktioniert die Gesetze und fertigt sie aus.

Art. 70

Die Kammern treten von Rechts wegen jedes Jahr am zweiten Dienstag im Oktober zusammen, insofern sie nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt vom König einberufen worden sind.

Die Sitzungsperiode der Kammern muß jedes Jahr mindestens vierzig Tage dauern.

Die Sitzungsperiode wird vom König geschlossen.

Der König hat das Recht, die Kammern zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode einzuberufen.

Art. 71

Der König hat das Recht, beide Kammern oder nur eine aufzulösen. Der Auflösungsbeschluß enthält die Einberufung der Wähler binnen vierzig Tagen und die der Kammern binnen zwei Monaten.

Art. 72

Der König kann die Kammern vertagen. Die Vertagung darf jedoch ohne Zustimmung der Kammern weder die Frist von einem Monat übersteigen noch während derselben Sitzungsperiode erneut erfolgen.

Art. 73

Er hat das Recht, die von den Richtern verhängten Strafen zu erlassen oder zu ermäßigen, vorbehaltlich der die Minister betreffenden Bestimmungen.

Art. 74

Er übt das Münzrecht aus nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 75

Er hat das Recht, Adelstitel zu verleihen, ohne jemals irgendein Privileg daran binden zu dürfen.

Art. 76

Er verleiht die militärischen Orden unter Beachtung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Art. 77

Das Gesetz legt die Zivilliste für die Dauer der Herrschaft jedes Königs fest.

Art. 78

Der König hat keine andere Gewalt als die, die ihm die Verfassung und die aufgrund der Verfassung selbst ergangenen besonderen Gesetze ausdrücklich übertragen.

Art. 79

Beim Tod des Königs treten die Kammern ohne Einberufung spätestens am zehnten Tag nach seinem Tod zusammen. Wenn die Kammern vorher aufgelöst worden sind und im Auflösungsbeschluß die Einberufung für einen späteren Zeitpunkt als diesen zehnten Tag erfolgt ist, nehmen die alten Kammern ihre Funktionen wieder auf bis zum Zusammentritt derer, die sie ersetzen sollen.

Wenn nur eine Kammer aufgelöst worden ist, wird für diese Kammer in derselben Weise verfahren.

Ab dem Tod des Königs bis zur Eidesleistung des Thronfolgers oder des Regenten wird die verfassungsmäßige Gewalt des Königs im Namen des belgischen Volkes von den im Rat versammelten Ministern und unter ihrer Verantwortung ausgeübt.

Art. 80

Der König ist mit vollendetem achtzehnten Lebensjahr volljährig.

Er besteigt erst den Thron, nachdem er vor den vereinigten Kammern feierlich folgenden Eid geleistet hat :

« Ich schwöre, die Verfassung und die Gesetze des belgischen Volkes zu beachten, die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten und die Unversehrtheit des Staatsgebietes zu wahren ».

Art. 81

Wenn beim Tod des Königs sein Nachfolger minderjährig ist, vereinigen sich beide Kammern zu einer einzigen Versammlung, um für die Regentschaft und die Vormundschaft zu sorgen.

Art. 82

Befindet sich der König in der Unmöglichkeit zu herrschen, so berufen die Minister unverzüglich die Kammern ein, nachdem sie diese Unmöglichkeit haben feststellen lassen. Die vereinigten Kammern sorgen für die Vormundschaft und die Regentschaft.

Art. 83

Die Regentschaft darf nur einer einzelnen Person übertragen werden.

Der Regent nimmt seine Funktionen erst auf, nachdem er den in Artikel 80 vorgeschriebenen Eid geleistet hat.

Art. 84

Während einer Regentschaft darf an der Verfassung in bezug auf die verfassungsmäßige Gewalt des Königs und die Artikel 60 bis 64 und 80 bis 85 der Verfassung keine Abänderung vorgenommen werden.

Art. 85

Ist der Thron vakant, so sorgen die gemeinsam beratenden Kammern vorläufig für die Regentschaft bis zum Zusammentritt der gänzlich erneuerten Kammern; dieser Zusammentritt erfolgt spätestens binnen zwei Monaten. Die gemeinsam beratenden neuen Kammern sorgen endgültig für die Besetzung des Thrones.

Abschnitt II

Die Minister

Art. 86

Nur Belgier dürfen Minister sein.

Art. 86bis

Den Premierminister eventuell ausgenommen, zählt der Ministerrat ebenso viele niederländischsprachige wie französischsprachige Minister.

Art. 87

Kein Mitglied der königlichen Familie darf Minister sein.

Art. 88

Die Minister sind nur dann in der einen oder anderen Kammer stimmberechtigt, wenn sie ihr als Mitglied angehören.

Sie haben Zutritt zu jeder Kammer, und auf ihre Anfrage muß ihnen das Wort erteilt werden.

Die Kammern können die Anwesenheit der Minister verlangen.

Art. 89

In keinem Fall kann ein mündlicher oder schriftlicher Befehl des Königs einen Minister von seiner Verantwortung befreien.

Art. 90

Die Abgeordnetenkammer hat das Recht, die Minister anzuklagen und sie vor den Kassationshof zu stellen, der allein zuständig ist, um in vereinigten Kammern über sie zu richten, vorbehaltlich dessen, was durch Gesetz bestimmt wird in bezug auf die Erhebung der Zivilklage durch die geschädigte Partei sowie in bezug auf Verbrechen und Vergehen, die von Ministern außerhalb der Ausübung ihres Amtes begangen worden wären.

Ein Gesetz wird bestimmen, in welchen Fällen die Minister verantwortlich sind, welche Strafen ihnen auferlegt werden und auf welche Weise gegen sie vorgegangen wird, sowohl im Falle der Erhebung der Anklage durch die Abgeordnetenkammer als auch im Falle der Verfolgung durch die geschädigten Parteien.

Art. 91

Der König kann einen vom Kassationshof verurteilten Minister nur auf Ersuchen einer der beiden Kammern begnadigen.

Abschnitt III*Die Staatssekretäre***Art. 91bis**

Der König ernennt und entläßt die Staatssekretäre.

Sie sind Mitglieder der Regierung. Sie gehören dem Ministerrat nicht an. Sie sind einem Minister beigeordnet.

Der König bestimmt ihre Zuständigkeit und die Grenzen, innerhalb deren sie das Recht auf Gegenzeichnung erhalten können.

Die Verfassungsbestimmungen, die die Minister betreffen, sind mit Ausnahme der Artikel 79 Absatz 3, 82 und 86bis auf die Staatssekretäre entsprechend anwendbar.

KAPITEL III**Die rechtsprechende Gewalt****Art. 92**

Streitfälle über bürgerliche Rechte gehören ausschließlich zum Zuständigkeitsbereich der Gerichte.

Art. 93

Streitfälle über politische Rechte gehören zum Zuständigkeitsbereich der Gerichte, vorbehaltlich der durch Gesetz festgelegten Ausnahmen.

Art. 94

Ein Gericht und ein Organ der streitigen Gerichtsbarkeit dürfen nur aufgrund eines Gesetzes eingesetzt werden. Es dürfen keine außerordentlichen Kommissionen oder Gerichte geschaffen werden, unter welcher Bezeichnung es auch sei.

Art. 95

Es gibt für ganz Belgien einen Kassationshof. Dieser Gerichtshof erkennt nicht über die Sache selbst, außer wenn er über die Minister richtet.

Art. 96

Die Sitzungen der Gerichte sind öffentlich, es sei denn, daß diese Öffentlichkeit die Ordnung oder die Sittlichkeit gefährdet; dies wird vom Gericht durch ein Urteil festgestellt.

Bei politischen Delikten und Pressedelikten kann der Ausschluß der Öffentlichkeit nur bei Einstimmigkeit verkündet werden.

Art. 97

Jedes Urteil wird mit Gründen versehen. Es wird in öffentlicher Sitzung verkündet.

Art. 98

Das Geschworenengericht wird für alle Kriminalsachen sowie für politische Delikte und Pressedelikte eingesetzt.

Art. 99

Die Friedensrichter und die Richter an den Gerichten werden unmittelbar vom König ernannt.

Die Gerichtsräte an den Appellationshöfen und die Präsidenten und Vizepräsidenten der zu ihrem Bereich gehörenden Gerichte erster Instanz werden vom König aus zwei Listen mit je zwei Kandidaten ernannt, von denen die eine von diesen Gerichtshöfen, die andere von den Provinzialräten vorgelegt wird.

Die Gerichtsräte am Kassationshof werden vom König aus zwei Listen mit je zwei Kandidaten ernannt, von denen die eine vom Senat, die andere vom Kassationshof vorgelegt wird.

In beiden Fällen dürfen die auf einer Liste aufgeführten Kandidaten ebenfalls auf der anderen aufgeführt werden.

Alle Vorschläge werden mindestens fünfzehn Tage vor der Ernennung veröffentlicht.

Die Gerichtshöfe wählen aus ihrer Mitte ihre Präsidenten und Vizepräsidenten.

Art. 100

Die Richter werden auf Lebenszeit ernannt. Sie werden in dem durch Gesetz bestimmten Alter in den Ruhestand versetzt und beziehen die durch Gesetz vorgesehene Pension.

Ein Richter darf nur durch ein Urteil suspendiert oder seines Amtes enthoben werden.

Die Versetzung eines Richters darf nur durch eine neue Ernennung und mit seinem Einverständnis erfolgen.

Art. 101

Der König ernennt und entläßt die Mitglieder der Staatsanwaltschaft bei den Gerichtshöfen und Gerichten.

Art. 102

Die Gehälter der Mitglieder des gerichtlichen Standes werden durch Gesetz festgelegt.

Art. 103

Ein Richter darf keine besoldeten Ämter von der Regierung annehmen, es sei denn, daß er diese unentgeltlich ausübt und vorbehaltlich der durch Gesetz bestimmten Unvereinbarkeitsfälle.

Art. 104

Es gibt in Belgien fünf Appellationshöfe :

1. den von Brüssel, dessen Bereich die Provinz Brabant umfaßt;
2. den von Gent, dessen Bereich die Provinzen Ostflandern und Westflandern umfaßt;
3. den von Antwerpen, dessen Bereich die Provinzen Antwerpen und Limburg umfaßt;
4. den von Lüttich, dessen Bereich die Provinzen Lüttich, Namur und Luxemburg umfaßt;
5. den von Mons, dessen Bereich die Provinz Hennegau umfaßt.

Art. 105

Besondere Gesetze regeln die Organisation der Militärgerichte, ihre Zuständigkeit, die Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Gerichte sowie die Dauer ihres Amtes.

Es gibt Handelsgerichte an den durch Gesetz bezeichneten Orten. Das Gesetz regelt ihre Organisation, ihre Zuständigkeit, die Weise der Ernennung sowie die Dauer des Amtes ihrer Mitglieder.

Das Gesetz regelt auch die Organisation der Arbeitsgerichte, ihre Zuständigkeit, die Weise der Ernennung sowie die Dauer des Amtes ihrer Mitglieder.

Art. 106

Der Kassationshof befindet über Kompetenzkonflikte in der durch Gesetz geregelten Weise.

Art. 107

Die Gerichtshöfe und Gerichte wenden die allgemeinen, provinziellen und örtlichen Erlasse und Verordnungen nur an, insoweit sie mit den Gesetzen in Übereinstimmung stehen.

KAPITEL IIIBIS

Vorbeugung und Beilegung von Konflikten

Art. 107ter

§ 1. Das Gesetz gestaltet das Verfahren, um den Konflikten vorzubeugen zwischen dem Gesetz, dem Dekret und den in Artikel 26bis erwähnten Regeln, zwischen den Dekreten sowie zwischen den in Artikel 26bis erwähnten Regeln.

§ 2. Es gibt für ganz Belgien einen Schiedshof, dessen Zusammensetzung, Zuständigkeit und Arbeitsweise durch Gesetz bestimmt werden.

Dieser Gerichtshof befindet im Wege eines Entscheids über :

1. die in § 1 erwähnten Konflikte;
2. die Verletzung der Artikel 6, 6bis und 17 durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine in Artikel 26bis erwähnte Regel;
3. die Verletzung der Verfassungsartikel, die das Gesetz bestimmt, durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine in Artikel 26bis erwähnte Regel.

Der Gerichtshof kann angerufen werden von jeder durch Gesetz bezeichneten Behörde, von jedem, der ein Interesse nachweist, oder, zwecks Vorabentscheidung, von jedem Rechtsprechungsorgan.

Die in Absatz 1, Absatz 2 unter Nummer 3 und in Absatz 3 erwähnten Gesetze werden mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen.

Übergangsbestimmung :

Bis zum Inkrafttreten des in § 2 Absatz 1 erwähnten und gemäß § 2 Absatz 4 angenommenen Gesetzes finden das Gesetz vom 28. Juni 1983 über die Organisation, die Zuständigkeit und die Arbeitsweise des Schiedshofs und das Gesetz vom 10. Mai 1985 über die Folgen der vom Schiedshof erlassenen Nichtigkeitsentscheide weiterhin Anwendung.

KAPITEL IIITER

Die regionalen Einrichtungen

Art. 107quater

Belgien umfaßt drei Regionen : die wallonische Region, die flämische Region und die Brüsseler Region.

Das Gesetz überträgt den regionalen Organen, die es schafft und die sich aus gewählten Vertretern zusammensetzen, die Zuständigkeit, innerhalb des von ihm bestimmten Bereichs und gemäß der von ihm bestimmten Weise die von ihm bezeichneten Angelegenheiten zu regeln unter Ausschluß derjenigen, die in Artikel 23 und 59bis erwähnt sind.

Dieses Gesetz kann nur mit Stimmenmehrheit in jeder Sprachgruppe einer jeden Kammer angenommen werden, vorausgesetzt, daß die Mehrheit der Mitglieder jeder Gruppe versammelt ist, und insofern die Gesamtzahl der Jastimmen aus beiden Sprachgruppen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erreicht.

KAPITEL IV

Die provinzialen und kommunalen Einrichtungen

Art. 108

Die provinzialen und kommunalen Einrichtungen werden durch Gesetz geregelt.

Das Gesetz gewährleistet die Anwendung der folgenden Grundsätze :

1. die Direktwahl der Mitglieder der Provinzial- und Gemeinderäte;
2. die Zuständigkeit der Provinzial- und Gemeinderäte für alles, was von provinzialem und kommunalem Interesse ist, unbeschadet der Billigung ihrer Handlungen in den Fällen und in der Weise, die das Gesetz bestimmt;
3. die Dezentralisierung von Befugnissen auf provinziale und kommunale Einrichtungen;
4. die Öffentlichkeit der Sitzungen der Provinzial- und Gemeinderäte innerhalb der durch Gesetz festgelegten Grenzen;
5. die Öffentlichkeit der Haushaltspläne und der Rechnungen;
6. das Eingreifen der Aufsichtsbehörde oder der gesetzgebenden Gewalt, um zu verhindern, daß gegen das Gesetz verstoßen oder das Gemeinwohl geschädigt wird.

In Ausführung eines Gesetzes, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, können die Organisation und die Ausübung der Verwaltungsaufsicht vom Rat der Gemeinschaft oder der Region geregelt werden.

Mehrere Provinzen oder mehrere Gemeinden dürfen sich unter den Bedingungen und in der Weise, die durch Gesetz bestimmt werden, verständigen oder zusammenschließen, um Angelegenheiten von provinzialem Interesse oder von kommunalem Interesse gemeinsam zu regeln und zu verwalten. Jedoch darf es mehreren Provinzialräten oder mehreren Gemeinderäten nicht erlaubt werden, gemeinsam zu beraten.

Art. 108bis

§ 1. Das Gesetz schafft Agglomerationen und Gemeindeföderationen. Es bestimmt ihre Zuständigkeit und gewährleistet dabei die Anwendung der in Artikel 108 genannten Grundsätze.

Jede Agglomeration und jede Föderation hat einen Rat und ein Exekutivkollegium.

Der Vorsitzende des Exekutivkollegiums wird vom Rat aus dessen Mitte gewählt; seine Wahl wird vom König ratifiziert; das Gesetz regelt seine Rechtsstellung.

Die Artikel 107 und 129 sind auf die Erlasse und Verordnungen der Agglomerationen und der Gemeindeföderationen entsprechend anwendbar.

Die Grenzen der Agglomerationen und der Gemeindeföderationen können nur aufgrund eines Gesetzes abgeändert oder berichtigt werden.

§ 2. Das Gesetz schafft das Organ, in dem jede Agglomeration und die nächstgelegenen Gemeindeföderationen sich unter den Bedingungen und in der Weise, die durch dieses Gesetz bestimmt werden, für die Untersuchung gemeinsamer Probleme technischer Art absprechen, die in ihre jeweilige Zuständigkeit fallen.

§ 3. Mehrere Gemeindeföderationen dürfen sich unter den Bedingungen und in der Weise, die durch Gesetz bestimmt werden, untereinander oder mit einer oder mehreren Agglomerationen verständigen oder zusammenschließen, um in ihre Zuständigkeit fallende Angelegenheiten gemeinsam zu regeln und zu verwalten. Ihren Räten ist es nicht erlaubt, gemeinsam zu beraten.

Art. 108ter

§ 1. Artikel 108bis findet Anwendung auf die Agglomeration, der die Hauptstadt des Königreichs angehört, vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen.

§ 2. Die Befugnisse der Agglomeration, der die Hauptstadt des Königreichs angehört, werden von den aufgrund von Artikel 107quater geschaffenen Organen der Region Brüssel-Hauptstadt ausgeübt gemäß einem Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird.

§ 3. Es gibt Sprachgruppen des Rates der Region Brüssel-Hauptstadt und Kollegien, die zuständig sind für die Gemeinschaftsangelegenheiten; ihre Zusammensetzung, ihre Arbeitsweise, ihre Befugnisse und, unbeschadet von Artikel 59bis § 6, ihre Finanzierung werden durch ein Gesetz geregelt, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird.

Diese Organe :

1. haben jedes für seine Gemeinschaft dieselben Befugnisse wie die anderen Organisationsträger in kulturellen, Unterrichts- und personenbezogenen Angelegenheiten;
2. üben jedes für seine Gemeinschaft die Befugnisse aus, die ihnen von den Gemeinschaftsräten übertragen werden;
3. regeln zusammen die unter Nummer 1 erwähnten Angelegenheiten, die von gemeinsamem Interesse sind.

Die Kollegien bilden zusammen das Vereinigte Kollegium, das zwischen den zwei Gemeinschaften

als Konzertierungs- und Koordinierungsorgan fungiert.

§§ 4 bis 6 (...)

Übergangsbestimmung :

Bis zum Inkrafttreten der in Artikel 108ter §§ 2 und 3 vorgesehenen Gesetze finden nachstehende Bestimmungen weiterhin Anwendung :

§ 1. Für die in der Verfassung und im Gesetz bestimmten Fälle werden die Mitglieder des Agglomerationsrates in der durch Gesetz bestimmten Weise in eine französische und in eine niederländische Sprachgruppe aufgeteilt.

Das Exekutivkollegium setzt sich aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern zusammen. Den Präsidenten ausgenommen, zählt es ebenso viele Mitglieder aus der französischen wie aus der niederländischen Sprachgruppe.

§ 2. Außer bei Haushaltsplänen kann eine von mindestens drei Vierteln der Mitglieder einer Sprachgruppe des Agglomerationsrates unterzeichnete und vor der Schlußabstimmung in öffentlicher Sitzung eingereichte mit Gründen versehene Motion erklären, daß die von ihr bezeichneten Bestimmungen eines Entwurfes oder eines Vorschlages einer Verordnung oder eines Erlasses des Agglomerationsrates die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften ernstlich gefährden können.

In diesem Fall wird das Verfahren im Agglomerationsrat ausgesetzt und die Motion an das Exekutivkollegium verwiesen, das binnen dreißig Tagen seine mit Gründen versehene Stellungnahme dazu abgibt und gegebenenfalls zu dem Entwurf oder Vorschlag einen Abänderungsantrag einbringt.

Die Aufsicht bezüglich der nach Anwendung dieses Verfahrens ergangenen Verordnungen oder Erlasse wird vom König auf Vorschlag des Ministerrates ausgeübt.

Dieses Verfahren kann von den Mitgliedern einer Sprachgruppe nur einmal in bezug auf denselben Entwurf oder Vorschlag angewandt werden.

§ 3. In der Agglomeration besteht eine französische Kommission für Kultur und eine niederländische Kommission für Kultur, die sich aus einer gleichen Anzahl Mitglieder zusammensetzen, die jeweils von der französischen beziehungsweise von der niederländischen Sprachgruppe des Agglomerationsrates gewählt werden.

Sie haben jede für ihre Gemeinschaft dieselben Befugnisse wie die anderen Organisationsträger :

1. in vorschulischen, nachschulischen und kulturellen Angelegenheiten;
2. in Unterrichtsangelegenheiten.

§ 4. Die niederländische und die französische Kommission für Kultur bilden zusammen die Vereinigten Kommissionen. Die Beschlüsse der Vereinigten Kommissionen sind nur dann angenommen, wenn sie in jeder Kommission die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten.

Die Vereinigten Kommissionen sind zuständig für die in § 3 erwähnten Angelegenheiten, die von gemeinsamem Interesse sind, sowie für die Förderung der nationalen und internationalen Aufgabe der Agglomeration.

§ 5. Die in den §§ 3 und 4 erwähnten Kommissionen erfüllen ebenfalls die Aufgaben, mit denen sie von der gesetzgebenden Gewalt, den Gemeinschaftsräten, der Regierung oder den Exekutiven betraut werden.

Das Gesetz regelt die Organisation und die Arbeitsweise dieser Kommissionen.

Art. 109

Die Abfassung der Personenstandsurkunden und die Führung der Register fallen ausschließlich in die Zuständigkeit der Gemeindebehörden.

TITEL IV

Die Finanzen

Art. 110

§ 1. Eine Steuer zugunsten des Staates darf nur durch ein Gesetz eingeführt werden.

§ 2. Eine Steuer zugunsten der Gemeinschaft oder der Region darf nur durch ein Dekret oder durch eine in Artikel 26bis erwähnte Regel eingeführt werden.

Hinsichtlich der im vorhergehenden Absatz erwähnten Besteuerungen bestimmt das Gesetz die Ausnahmen, deren Notwendigkeit erwiesen ist.

§ 3. Eine Last oder Besteuerung darf von der Provinz nur durch einen Beschluß ihres Rates eingeführt werden.

Hinsichtlich der im vorhergehenden Absatz erwähnten Besteuerungen bestimmt das Gesetz die Ausnahmen, deren Notwendigkeit erwiesen ist.

Das Gesetz kann die in Absatz 1 erwähnten Besteuerungen ganz oder teilweise abschaffen.

§ 4. Eine Last oder Besteuerung darf von der Agglomeration, der Gemeindeföderation und der Gemeinde nur durch einen Beschluß ihres Rates eingeführt werden.

Hinsichtlich der im vorhergehenden Absatz erwähnten Besteuerungen bestimmt das Gesetz die Ausnahmen, deren Notwendigkeit erwiesen ist.

Art. 111

Die Steuern zugunsten des Staates, der Gemeinschaft und der Region werden jährlich verabschiedet.

Die Regeln, die sie einführen, sind nur ein Jahr in Kraft, wenn sie nicht erneuert werden.

Art. 112

In Steuerangelegenheiten dürfen keine Privilegien eingeführt werden.

Eine Steuerbefreiung oder -ermäßigung darf nur durch ein Gesetz eingeführt werden.

Art. 113

Außer für die Provinzen, die Entwässerungsgenossenschaften und die Bewässerungsgenossenschaften und außer in den Fällen, die durch Gesetz, Dekret und die in Artikel 26*bis* erwähnten Regeln ausdrücklich ausgenommen werden, darf den Bürgern eine Abgabe nur als Steuer zugunsten des Staates, der Gemeinschaft, der Region, der Agglomeration, der Gemeindeföderation oder der Gemeinde auferlegt werden.

Art. 114

Eine Pension oder eine Zuwendung zu Lasten der Staatskasse darf nur aufgrund eines Gesetzes gewährt werden.

Art. 115

Jedes Jahr erlassen die Kammern das Rechnungsgesetz und verabschieden den Haushaltsplan.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates sind im Haushaltsplan und in den Rechnungen aufzuführen.

Ein Gesetz, das mit der in Artikel 1 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, legt das Finanzierungssystem für die in Artikel 107*quater* erwähnten Regionen fest. Die Organe dieser Regionen bestimmen, jedes für seinen Bereich, den Verwendungszweck ihrer Einnahmen durch die in Artikel 26*bis* erwähnten Regeln.

Übergangsbestimmung :

Bis zum Inkrafttreten des im letzten Absatz erwähnten Gesetzes findet das Ordentliche Gesetz vom 9. August 1980 zur Reform der Institutionen weiterhin Anwendung, sofern es die Finanzierung der Regionen betrifft.

Art. 116

Die Mitglieder des Rechnungshofes werden von der Abgeordnetenkammer für die durch Gesetz bestimmte Dauer ernannt.

Der Rechnungshof ist beauftragt mit der Prüfung und dem Ausgleich der Rechnungen der allgemeinen Verwaltung und aller, die der Staatskasse gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Er wacht darüber, daß

kein Ausgabenposten des Haushaltsplans überschritten wird und daß keine Übertragung stattfindet. Er schließt die Rechnungen der verschiedenen Verwaltungen des Staates ab und ist damit beauftragt, zu diesem Zweck alle erforderlichen Auskünfte und Rechnungsbelege zu sammeln. Die Gesamtrechnung des Staates wird den Kammern mit den Bemerkungen des Rechnungshofes vorgelegt.

Die Organisation des Rechnungshofes wird durch ein Gesetz geregelt.

Art. 117

Die Gehälter und Pensionen der Diener der Kulte gehen zu Lasten des Staates; die dazu erforderlichen Beträge werden jährlich in den Haushaltsplan eingesetzt.

TITEL V

Die bewaffnete Macht

Art. 118

Das Gesetz bestimmt, wie die Armee rekrutiert wird. Es regelt ebenfalls die Beförderung, die Rechte und die Pflichten der Militärpersonen.

Art. 119

Das Armeekontingent wird jährlich verabschiedet. Das Gesetz, das dieses Kontingent festlegt, ist nur ein Jahr in Kraft, wenn es nicht erneuert wird.

Art. 120

Die Organisation und die Zuständigkeit der Gendarmerie werden durch ein Gesetz geregelt.

Art. 121

Eine ausländische Truppe darf nur aufgrund eines Gesetzes in den Dienst des Staates gestellt werden, sich auf dem Staatsgebiet aufhalten oder es durchqueren.

Art. 122 (...)

Art. 123 (...)

Art. 124

Den Militärpersonen dürfen ihre Dienstgrade, Auszeichnungen und Pensionen nur in der durch Gesetz bestimmten Weise entzogen werden.

TITEL VI

Allgemeine Bestimmungen

Art. 125

Die belgische Nation wählt die Farben Rot, Gelb und Schwarz und als Wappen des Königreichs den belgischen Löwen mit dem Spruch : Einigkeit macht stark.

Art. 126

Die Stadt Brüssel ist die Hauptstadt Belgiens und Sitz der Regierung.

Art. 127

Ein Eid darf nur aufgrund des Gesetzes auferlegt werden. Das Gesetz legt die Eidesformel fest.

Art. 128

Jeder Ausländer, der sich auf dem Staatsgebiet Belgiens befindet, genießt den Personen und Gütern gewährten Schutz, vorbehaltlich der durch Gesetz festgelegten Ausnahmen.

Art. 129

Gesetze sowie Erlasse und Verordnungen im Bereich der allgemeinen, provinzialen oder kommunalen Verwaltung werden erst verbindlich, nachdem sie in der durch Gesetz bestimmten Form veröffentlicht worden sind.

Art. 130

Die Verfassung darf weder ganz noch teilweise ausgesetzt werden.

TITEL VII

Die Revision der Verfassung

Art. 131

Die gesetzgebende Gewalt hat das Recht zu erklären, daß eine von ihr bezeichnete Verfassungsbestimmung einer Revision bedarf.

Nach dieser Erklärung sind beide Kammern von Rechts wegen aufgelöst.

Zwei neue Kammern werden gemäß Artikel 71 einberufen.

Diese Kammern beschließen im Einvernehmen mit dem König über die zur Revision anstehenden Punkte.

In diesem Fall dürfen die Kammern nur beraten, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder jeder Kammer anwesend sind; eine Änderung ist nur dann angenommen, wenn sie mindestens zwei Drittel der Stimmen erhalten hat.

Art. 131bis

In Kriegszeiten oder wenn die Kammern daran gehindert sind, sich frei auf dem Staatsgebiet zu versammeln, darf keine Revision der Verfassung eingeleitet oder fortgeführt werden.

TITEL VIII

Übergangsbestimmungen

Art. 132 (...)

Art. 133 (...)

Art. 134

Bis zu einer diesbezüglichen Regelung durch ein Gesetz liegt es im Ermessen der Abgeordnetenkammer, einen Minister anzuklagen, und des Kassationshofes, über ihn zu richten, unter Bezeichnung des Deliktes und unter Festsetzung der Strafe.

Jedoch darf die Strafe nicht über die Zuchthausstrafe hinausgehen, unbeschadet der ausdrücklich durch die Strafgesetze bestimmten Fälle.

Art. 135 (...)

Art. 136 (...)

Art. 137 (...)

Art. 138

Ab dem Tag, an dem die Verfassung wirksam wird, sind alle zu ihr im Widerspruch stehenden Gesetze, Dekrete, Erlasse, Verordnungen und anderen Akte aufgehoben.

ZUSATZBESTIMMUNGEN

Art. 139 (...)

Art. 140

Der Text der Verfassung ist in Deutsch, in Französisch und in Niederländisch festgelegt.